

Senioren Kurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.
28. Jahrgang | Nr. 2 / 2023

Seniorenticket

Deutschland-Ticket für Senioren in Mecklenburg-Vorpommern kommt!

Bereits im Koalitionsvertrag unserer Landesregierung ist vereinbart, dass für die Seniorinnen und Senioren ein Seniorenticket eingeführt werden soll. Der Seniorenbeirat hat frühzeitig Forderungen für die Ausgestaltung des Tickets an die Landesregierung übergeben. Wichtig war uns, dass nicht nur ein digitales Ticket angeboten wird, sondern auch ein „Papierticket“, denn nicht jede Seniorin und jeder Senior besitzt ein Smartphone.

In der Zwischenzeit hat die Bundesregierung mit den Bundesländern vereinbart, dass ab 01.05.2023 ein bundesweit gültiges Deutschland-Ticket für 49 Euro im Monat als ABO zur Nutzung im gesamten öffentlichen Personen-nahverkehr (Straßenbahn, Bus, S-Bahn, U-Bahn, Regionalzüge) eingeführt wird. Das Ticket gibt es digital und ist monatlich kündbar.

In Anlehnung an die Tarifbestimmungen für das Deutschland-Ticket hat die Landesregierung beschlossen, im 3. Quartal 2023 ein rabattiertes Deutschland-Ticket im ABO mit monatlicher Kündigungsmöglichkeit für

Seniorinnen und Senioren in Mecklenburg-Vorpommern einzuführen.

Nun zu den konkreten Konditionen: Alle Seniorinnen und Senioren ab dem 65. Lebensjahr und mit Hauptwohnsitz in Mecklenburg-Vorpommern können für 29 Euro im Monat das ermäßigte Deutschland-Ticket er-

Fortsetzung auf Seite 3

Liebe Vereinsmitglieder, verehrte Leser des „Seniorenkuriers“,

nach einer Information des Statistischen Bundesamtes waren im vergangenen Jahr 17,3 Millionen Menschen in Deutschland von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht, das sind 20,9 Prozent der Bevölkerung. Besonders betroffen sind die zwei sozial schwächsten Personengruppen, die Kinder und Senioren. Die mehrfach auch für diesen Personenkreis geforderten Hilfen zum Inflationsausgleich werden bewusst überhört. Kindergrundsicherung und eine armutsfeste Grundsicherung im Alter sind nicht auf der Agenda der Regierenden. Als armutsgefährdet gilt, wer über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung verfügt. Im vergangenen Jahr lag dieser Wert für Alleinlebende bei 1250 Euro netto im Monat. Die Rente für langjährig Versicherte, also mindestens 40 Jahre, betrug in Ostdeutschland Ende 2021 im Durchschnitt 1255 Euro.

Während für eine armutsfeste Grundsicherung im Alter sowie für die Kindergrundsicherung kein Geld vorhanden sein soll und ein Viertel der Viertklässler nicht richtig lesen, schreiben und rechnen kann, steigen kontinuierlich die Rüstungsausgaben und die Energie- und Rüstungskonzerne fahren nie dagewesene Gewinne ein. Dies sind leider nicht die einzigen Gewinner der Krise. In wenigen Jahren wird dann wieder über fehlende Fachkräfte gejammert.

Dies sind aber nicht die einzigen Baustellen. Pflege und Gesundheit in Not oder die Konsequenzen des Heizungsschnellschusses für die Mieter bescheren neuen Ärger.

Freuen wir uns auf die „üppige“ Rentenerhöhung im Juli, die nicht mal die Inflationskosten abdeckt. Außerdem können wir bald mit dem 29,00 Euro-Ticket überall hinreisen und im ÖPNV kräftig sparen. Ich wünsche trotzdem allen Leserinnen und Lesern alles Gute und viel Durchstehvermögen.

Bernd Rosenheinrich,
Vorsitzender des
Landesseniorenbeirats M-V e. V.

Aus dem Inhalt

Seite	??	xxx
Seite	19	Aus Landkreisen und Städten
Seite	??	xxx

Ausgezeichnete Lebensqualität **TROTZ DEMENZ**

Eine Demenzerkrankung stellt einen erheblichen Einschnitt in das Leben von Betroffenen und Angehörigen dar. Immer mehr Menschen leiden unter dieser Erkrankung, die dazu führt, dass viele Dinge in Vergessenheit geraten. Deshalb bedürfen sie einer besonderen Pflege und Betreuung.

In den Vitanas Senioren Centren in Schwerin gibt es spezielle Wohnbereiche, die einen Schutzraum für die Bewohnerinnen und Bewohner bieten, in dem sie sich besonders wohl und sicher fühlen können.

Unsere Pflegegrundsätze sind anspruchsvoll und die Pflegekräfte speziell geschult. Der Umgang mit demenziell erkrankten Menschen ist bereits in der Ausbildung zur Pflegefachkraft ein wesentlicher Bestandteil.

Dafür hat Vitanas eigens Projektstage rund um das Thema Demenz eingeführt, die nun im Vitanas Senioren Centrum erstmals stattfanden. Zwei Tage voller Wissen und praktischer Übungen erwarteten die 12 teilnehmenden Auszubildenden. Am Ende waren sich alle einig: „Das war eine rundum gelungene Veranstaltung.“

Die Schweriner Vitanas Senioren Centren sind mit dem international anerkannten Qualitätssiegel des ENPP (Europäisches Netzwerk für psychobiographische Pflegeforschung) in der Demenzbetreuung ausgezeichnet. Wir sind für Sie da. Melden Sie sich jederzeit bei uns.

MELDEN SIE SICH JEDERZEIT BEI UNS.

Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten
Adam-Scharrer-Weg 12 | 19053 Schwerin
☎ (0385) 51 19 - 0 | vitanas.de/amschlossgarten

Vitanas Senioren Centrum Im Casino
Pfaffenstraße 3 | 19055 Schwerin
☎ (0385) 575 66 - 0 | vitanas.de/imcasino



Fortsetzung von Seite 1

halten und den öffentlichen Personennahverkehr in ganz Deutschland nutzen. Die Tarifbestimmungen sind identisch mit denen des Deutschland-Tickets.

Das Ticket kann sowohl im Internet als auch in den Kundenzentren oder an den Fahrkartenschaltern ausgewählter Verkehrsunternehmen über ein Antragsformular bestellt werden. Wird das Deutschland-Ticket für Senioren in MV als Chipkarte bestellt, so wird diese per Post zugeschickt. Als

Handy-Ticket wird das Deutschland-Ticket für Senioren in MV nach der erfolgreichen Beantragung in der entsprechenden App hinterlegt. Das Verkehrsministerium wird zeitnah zusätzliche Informationen zum Erwerb und zur Nutzung bereitstellen.

Gleichzeitig hat die Landesregierung den schrittweisen Ausbau und eine Optimierung des Busangebotes im ländlichen Raum ab 2024 angekündigt.

Eine Initiative, die von uns ausdrücklich unterstützt wird!

Verkehrsminister Reinhard Meyer will den öffentlichen Personennahverkehr

(ÖPNV) ab 2024 deutlich ausbauen. Dies geschieht in mehreren Schritten und hat das langfristige Ziel, ein Landesmobilitätsnetz mit flächendeckenden, schnellen vertakteten Bahn- und Busangeboten sowie Rufbussen, die auch die kleinsten Dörfer im ländlichen Raum des Landes erreichen, zu schaffen.

Wir werden mit der Landesregierung weiter in Kontakt bleiben und die Einführung des Deutschlands-Tickets für Senioren in MV konstruktiv begleiten.

Joachim Kießling
Stellv. Vorsitzender

Leuchtturm für Mecklenburg-Vorpommern

Projekt Landesfachstelle für Wohn- und Digitalisierungsberatung

Gute Nachricht für alle Seniorinnen und Senioren in Mecklenburg-Vorpommern: Der Antrag für den Aufbau einer Landesfachstelle für Wohn- und Digitalisierungsberatung wurde vom Landesamt für Gesundheit und Soziales am 1.03.2023 positiv beschieden. Die Universitätsmedizin Greifswald erhält eine zweckgebundene Zuwendung aus dem Sondervermögen „Strategiefonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ von 3,1 Millionen Euro, um damit die Landesfachstelle aufzubauen. Für die Leitung des Projekts und den Aufbau der Landesfachstelle wird an der Universitätsmedizin Greifswald eine neue Professur für Geriatrie mit dem Schwerpunkt Versorgungsforschung eingerichtet. Das Projekt hat Leuchtturmcharakter und ist zugleich ein Vorhaben mit landesweiter Wirkung. Worum geht es?

Ausgangssituation

Demografie:

Mecklenburg-Vorpommern ist mit 69 Einwohnern pro km² das am dünnsten besiedelte Bundesland Deutschlands und gleichzeitig eine der Regionen mit der ältesten Bevölkerung. Die am stärksten steigende Alterskohorte sind die Achtzigjährigen und

älter. Vor diesem Hintergrund wird die Anzahl Hilfebedürftiger in Mecklenburg-Vorpommern weiter steigen. Die große Versorgungsherausforderung besteht also darin, einen zunehmenden Anteil von älteren und unterstützungsbedürftigen Menschen unter den Rahmenbedingungen einer Dünnbesiedlung die erforderlichen Angebote zukommen zu lassen, ohne dass damit die Aufgabe der eigenen Häuslichkeit verbunden ist. Dies ist insofern von Belang, weil eine gesellschaftliche Teilhabe in Verbindung mit einem selbstbestimmten und selbstständigen Wohnen dem prioritären Interesse dieser Zielgruppe entspricht. Die vorstehenden Ausführungen, die auf die Situation der Alten und Hochbetagten kaprizieren, lassen sich in vollem Umfang auf die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen übertragen.

Wohnversorgung:

Folgt man den Ausführungen der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“, die hierzu eine repräsentative Befragung dieser Zielgruppe veranlasst hat, so ist „die derzeitige Wohnsituation älterer Menschen in Mecklenburg-Vorpom-

mern nicht zufriedenstellend. Ein nicht unerheblicher Teil der Älteren wohnt in sogenannten Substandardwohnungen, die Mängel in der Grundausstattung aufweisen, die die selbstständige Lebensführung Älterer erheblich beeinträchtigen können. Mehr als jeder zehnte Seniorenhaushalt verfügt über mindestens einen dieser Ausstattungsmängel. 7,5 Prozent der Seniorenhaushalte haben keine Zentralheizung. 1,2 Prozent kein innen liegendes WC und 15,5 Prozent keinen Balkon oder Terrasse.“

„Ein Ergebnis der Befragung ist, dass viele Wohnungen der Seniorenhaushalte die Mindestanforderung an eine weitgehende barrierefreie Wohnung nicht erfüllen. Ohne dies durch technische Hilfen ausgleichen zu können, haben zwischen 20 und 30 Prozent der im Fokus stehenden Gruppe mehr als drei Stufen zur Haus- und/oder zur Wohnungstür zu überwinden, fast 30 Prozent der Haushalte verfügen über Treppenstufen in der Wohnung, knapp 60 Prozent können die Balkone und Terrassen nur über Stufen erreichen. Bei 14 Prozent der derzeitigen Gehhilfebeneutzer und

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

34 Prozent der Befragten insgesamt werden die Badtüren als zu schmal und die Bewegungsflächen als zu eng für die Benutzung (z. B. mit Rollator) eingeschätzt. Nur 18,5 Prozent haben eine bodengleiche Dusche.“ Eine besondere Herausforderung ist, die Wohnsituation mit dem medizinisch Notwendigem bzw. Sinnhaftem zu verbinden. Das sind wichtige Herausforderungen für die moderne fachärztlich-geriatrische Versorgung, insbesondere in unserem dünn besiedelten Flächenland.

Nach dem Bericht der Kommission können nur 5,8 Prozent der Wohnungen von Seniorenhaushalten als weitgehend barrierefrei gelten. Damit ist allerdings nicht eine Barrierefreiheit gemäß DIN 18040-2 gemeint, die noch deutlich weitergeht, als die Definition auf die sich die Kommission verständigt hat. Es bestehen jedoch günstige Voraussetzungen für die Durchführung von Anpassungsmaßnahmen bei dieser großen Anzahl von Wohnungen.

Angesichts des vorstehend dargelegten Sachverhaltes stellte die Enquetekommission fest, dass eine „passgenaue und flächendeckende Wohnberatung für die Anpassung des Wohnungsbestandes sensibilisieren und darüber informieren kann. Die Nachfrage zur Beratung von Wohnraumanpassung übersteigt derzeit das Angebot.“

Digitalisierung:

Die Digitalisierung ist eine seit Ende des 20. Jahrhunderts einsetzende Entwicklung, die einen Wandel nahezu aller Lebensbereiche umfasst. Daher kann es nicht verwundern, dass die Digitalisierung nunmehr auch die Lebenswelt älterer Menschen berührt sowie ein wichtiger Faktor im Bereich des Gesundheitswesens wird. Allerdings gibt es auf Landesebene bisher kaum Daten über die Verbreitung und Nutzung digitaler Technologien. Insofern ist dieser Schwerpunkt noch

weitgehend unerforscht und wird primär in Wolgast, d.h. in unmittelbarem Wirkungskreis der neuen Professur und der universitären Forschungspartner angesiedelt sowie bearbeitet und modellhaft nach Mecklenburg transferiert. Eine parallele Bearbeitung an beiden Standorten würde den finanziellen Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel übersteigen.

Für den Bereich Gesundheit und Pflege lassen sich grob vier Kategorien der Digitalisierung umschreiben.

1. *Pflegeorganisation*: dies umfasst Programme zur Dienst- und Tourenplanung im ambulanten Bereich, Programme zur Pflegedokumentation und zur Leistungsabrechnung.
2. *Technische Assistenzsysteme / Smart Home*: diese umfassen Sensorik im Wohnumfeld oder an der Person, bspw. Sturzsensoren, automatisches Licht und Herdabschaltung sowie Sensoren zur Sammlung und Weitergabe von Vitaldaten.
3. *Telecare*: die Behandlung und Diagnostik über räumliche Distanzen hinweg.
4. *Robotik*: technische Systeme, die pflegerische Dienste und Tätigkeiten teil- oder vollautomatisch unterstützen.

Über die Kategorien 2 – 4 lassen sich keine Angaben zur Verbreitung machen, da diese bisher sehr gering oder häufig Teil von noch laufenden Modellprojekten sind.

Schon heute kann festgehalten werden, dass einige digitale Produkte gut angenommen werden und eine weite Verbreitung erfahren. Diese Produkte werden insbesondere bei der älteren Bevölkerung dann angenommen, wenn sich Nutzen und Vorteile rasch erschließen.

Gerade im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern mit seinen dünnbesiedelten ländlichen Räumen wird eine digitale Versorgungsunterstützung sowohl für die Anbieter von Unterstützungsleistungen als auch für die

Empfänger solcher Leistungen zunehmend an Bedeutung gewinnen. Dieser Prozess wird aktuell durch folgenden Umstand beschleunigt: während der Anteil der unterstützungsbedürftigen Personen Demografie bedingt in den nächsten Jahren stark ansteigt, wird die Anzahl der für eine adäquate Versorgung erforderlichen professionellen Arbeitskräfte nicht annähernd im gleichen Umfang mitwachsen. Beispielsweise fehlen laut Bundesagentur für Arbeit schon heute bundesweit knapp 1,7 Millionen Pflegekräfte auf dem Arbeitsmarkt. Hier gilt es demzufolge schnell und zielführend zu handeln, um diesem Zustand mit geeigneten Mitteln entgegenzutreten.

Projektziele und konzeptionelle Umsetzung

Für ältere Menschen haben sich die Pflegestützpunkte im Land als eine unabhängige Anlaufstelle zu Fragen rund um die Pflege seit vielen Jahren bewährt. Derzeit bieten die Pflegestützpunkte im Land ihre Leistungen an 20 Standorten an, jedoch gehören die Themen „Wohnberatung“ und „Digitalisierung“ in der Regel nicht zu ihrem Leistungskatalog.

Wie im Kapitel „Ausgangssituation“ dargelegt, kann ein gutes Wohnberatungs- und Digitalisierungsangebot helfen, das alltägliche Leben vieler Menschen in den eigenen vier Wänden zu erleichtern oder gar erst zu ermöglichen. Es ist daher geboten, eine evidenzbasierte Beratungs- und Unterstützungsstruktur in diesem Versorgungssektor aufzubauen. Dies ist das Ziel dieses Strategiefondsprojektes, bei dem es um ein wissenschaftliches Vorhaben des geriatrischen Fachbereiches der Universitätsmedizin Greifswald mit einem praxisnahen Umsetzungsbezug geht. Thematisch ausgerichtet orientiert sich die Arbeit an der Frage, „Wie und mit welchen inhaltlichen Mitteln kann in Mecklenburg-Vorpommern ein flächendeckend wirksames Angebot der „Wohn-

und Digitalisierungsberatung in der Pflege“ umgesetzt werden? Wobei an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass das angestrebte Vorhaben nicht nur für ältere, sondern auch für Menschen mit Behinderungen von großer Bedeutung ist.

Die Mittel sollen zweckgebunden für die Finanzierung von Personal- und Sachausgaben für den Aufbau einer Landesfachstelle für Wohn- und Digitalisierungsberatung in Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt werden, insbesondere für

- Beratungen zum barrierearmen bzw. barrierefreien Wohnen,
- Beratungen zu digitalen Möglichkeiten im Zusammenhang mit Wohnen, Pflege und Unterstützungsangeboten,
- die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Universitätsmedizin Greifswald und dem Kreiskrankenhaus Wolgast im Zusammenhang mit Wohn- und Digitalisierungsberatung,
- den Netzwerkaufbau und die Netzwerkarbeit mit relevanten Partnern,
- die Gewinnung und Unterstützung ehrenamtlich tätiger Wohnberater,
- für die Kooperationspartnergewinnung,
- die Dokumentation der Tätigkeit der Landesfachstelle und Erarbeitung wissenschaftlicher Publikationen,
- für themenspezifische Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere die Entwicklung einer Internetplattform und Herausgabe eines Newsletters sowie
- die Kooperation, Vernetzung und Zusammenarbeit mit den Pflegestützpunkten.

Um eine landesweite Umsetzung des Vorhabens realisieren zu können, planen wir die Pilotierung an zwei Standorten. Der eine Standort soll sich am Sitz der geriatrischen Abteilung der Universitätsmedizin Greifswald in Wolgast befinden, für den anderen wird ein Standort in West-Mecklenburg etabliert. Die fachärztliche Leitung des Projekts in diesem akademi-

schen Umfeld bringt den Vorteil, besondere Aspekte der medizinischen Versorgung von Seniorinnen und Senioren, der Rehabilitation und der ambulanten Weiterversorgung unter Einbeziehung des Wohn- und Lebensumfeldes in Konzipierung der Landesfachstelle für Wohn- und Digitalisierungsberatung einzubeziehen. Bei der Versorgung älterer Patienten haben spezielle Fachärzte für Altersmedizin (Geriatrie) eine Schlüsselrolle. Sie sind gerade dann ein wichtiger kompetenter Ansprechpartner, wenn sich der Gesundheitszustand im Alter verschlechtert. Dann stellen sich viele Fragen: Welcher Pflegebedarf besteht? Welche Hilfsangebote gibt es? Ob und unter welchen Voraussetzungen ist es möglich, weiterhin in den eigenen vier Wänden zu leben? Das geriatrische Assessment dient einer genauen geriatrischen Beurteilung der Fähigkeit des Patienten, das Leben in seiner persönlichen Umwelt bewerkstelligen zu können. Durch den kurzen Draht zwischen Ärzten, Patienten und Angehörigen einerseits sowie von Beratungsstellen soll für schnelle und fachlich fundierte Hilfe gesorgt werden. Denn die meisten Menschen wollen so lange wie möglich Zuhause leben.

Es werden Möglichkeiten regionaler Pfade für geriatrische Patienten mit Sturzsyndrom evaluiert und in die Wohnberatung implementiert. Eine fachlich adäquate Arbeit ist in einem so umfassenden Kontext wie dem hier zugrunde liegenden nur mit guten Informations- und Schulungsangeboten zu leisten. Dieses muss alle relevanten Partner aber auch die wesentlichen Zielgruppen in den Focus nehmen. Entsprechende Angebote sind in Präsenz aber auch digital möglich. Was Präsenzveranstaltungen angeht, so ist deren Umsetzung bei Bedarf an unterschiedlichsten Standorten vorgesehen. Aufgabe des Projektes wird sein, in seiner Anfangsphase zu diesem Thema ein zielführendes Umsetzungskonzept und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Für eine Vielzahl von Auf-

gaben wird die Unterstützung durch externe Partner erforderlich sein. Sei es für die Entwicklung von Schulungs- und Ausbildungskonzepten, die Erarbeitung von Kommunikationsstrategien, Werbe- und Informationsmaterialien oder einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit. Um die Arbeitsfähigkeit der Fachstelle herstellen zu können, sollen die hierfür erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Dazu gehört auch die Entwicklung einer Internetplattform, die komplexe Möglichkeiten der Kommunikation sowie des Datenaustausches zulässt. Zu einer regelmäßigen und wirksamen Information von Öffentlichkeit und Netzwerkpartnern werden die Herausgabe eines Newsletters sowie Social-Media-Aktivitäten umgesetzt. Auch für den spezifischen Digitalisierungsbereich ist die Entwicklung eines geeigneten und praktikablen Informations- und Schulungsangebotes unerlässlich.

Die Projektergebnisse werden nach wissenschaftlichen Standards detailliert dokumentiert und nach einer Evaluation wird Auskunft über den Erfolg und die potenzielle Übertragbarkeit der Ergebnisse auf weitere Einsatzgebiete gegeben. Es sollen Gelingensfaktoren aufgezeigt und insbesondere Handlungsempfehlungen erarbeitet werden, anhand derer Wohnraumberatungen an weiteren Standorten aufgebaut werden können.

Wir sehen viele Möglichkeiten, das Projekt im engen Austausch mit dem Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e. V. und den kommunalen Seniorenbeiräten zu entwickeln und auszugestalten. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit den Seniorinnen und Senioren in Mecklenburg-Vorpommern. Lassen Sie uns gemeinsam ein Leuchtturmprojekt entwickeln.

Univ.-Prof. Dr. med. Dr. rer. nat.

Maik Gollasch

Klinik und Poliklinik für Innere Medizin

D – Geriatrie, Greifswald

Altersmedizinisches Zentrum,

Kreiskrankenhaus Wolgast

Zwischen den Monaten

Ergebnisse von Februar bis Mai in unserem Bundesland unter Mitwirkung des LSB

Reinhard Oertel hat für den Landessenorenbeirat am 24. Februar an der ersten Sitzung des **Landespflegeausschusses** (LPA) für das Jahr 2023 teilgenommen.

Die BARMER Ersatzkasse stellte den BARMER-Pflegereport 2022 vor. Das wesentliche Ergebnis der Studie ist, dass Pflegebedürftige in der vollstationären Pflege in M-V deutlich seltener von Covid-19 betroffen waren. Ein Grund dafür war, dass das Land zeitgleich auf das Infektionsgeschehen reagiert hat.

Am 27. September 2023 endet die Amtsdauer der Mitglieder des LPA von vier Jahren. Insofern ist eine Neuberufung des Gremiums erforderlich. Die bestehenden Arbeitsgruppen sollen auch weiterhin tätig sein. Außerdem erhält der LPA eine neue Geschäftsordnung.

Ein weiterer Schwerpunkt war das Einrichtungsqualitätsgesetz (EQG), dieses soll zum 1. Juli 2023 in einer ersten Etappe mit der Synchronisierung des Heimordnungsrechts durch die bundesgesetzliche Verankerung der Personalanhaltswerte aktualisiert werden. In einem weiteren Schritt soll das EQG bis 2026 in ein modernes Wohn- und Teilhabegesetz umgeändert werden.

Der Altenpflegepreis 2023 soll aufgrund der drei Pandemiejahre nicht in bestimmten Kategorien für innovative Leistungen in der Pflege ausgelobt werden. Der LPA schlägt vor, im Herbst 2023 ein „offenes Fest“ als Dank für die Leistungen in den Jahren der Pandemie durchzuführen. In 2024 soll der Altenpflegepreis dann wieder nach den bestehenden Regularien im Rahmen des Landespflegekongresses durchgeführt werden.

Weitere Themen waren unter anderem die Pflegeausbildung, die Berücksichtigung der tatsächlich gezahlten Tarife aller Beschäftigten in

den Entgeltverhandlungen und die Anerkennung der Abschlüsse ausländischer Pflegekräfte.

*

Am 3. März nahm Reinhard Oertel an einem Ideenaustausch zum **Modellprojekt „Intensivierte Ambulante Therapie Geriatrischer Patienten IN-aTheGer“** zur ambulanten Therapie geriatrischer Patienten im Radisson Hotel Rostock teil.

In den kommenden Jahrzehnten ist aufgrund des demografischen Wandels eine steigende Anzahl von multimorbiden älteren und hochbetagten Patienten mit geriatritypischen Störungsbildern wie Mobilitätsbeeinträchtigung, Sturzgefährdung, Inkontinenz, Sinnes- und kognitiven Einschränkungen u.v.m. zu erwarten. Bei Verschlechterung ihrer körperlichen und geistigen Verfassung und zum Erhalt ihrer Lebensqualität ist eine rasche multimodale und multiprofessionale Behandlung erforderlich.

Momentan stehen hierfür keine ambulanten Behandlungskonzepte mit dieser Maßgabe zur Verfügung.

Dieses Modellprojekt möchte eine ambulante multimodale Behandlung für geriatrische Patienten und Patientinnen etablieren, nachhaltig ihre verbliebene Selbstständigkeit und Mobilität erhalten oder verbessern, ihren Verbleib in der Häuslichkeit sichern, ihre Lebensqualität steigern und die betreuenden Hausärzte bei der Versorgung und Unterstützung entlasten. In drei Behandlungszentren in M-V, Tessin, Ueckermünde und Neubukow, sollen an 20 Therapietagen, verteilt über einen Zeitraum von 14 Wochen, Behandlungen nach einem für jeden Patienten individuell erstellten Plan erfolgen.

Das Modellprojekt wird zur Förderung durch den Innovationsfonds des gemeinsamen Bundesausschusses eingereicht.

Hierfür müssen speziell die Krankenkassen gewonnen werden, da bislang vorbeugende Therapien von den Kassen nicht getragen werden. Kassenleistungen greifen erst dann, „wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist“, d.h. Kassenleistungen erfolgen nur für Therapien akuter Krankheiten.

*

Der **Sozialausschuss des Landtags** führte in seiner 38. Sitzung am 15. März 2023 ein Expertengespräch zur Arbeit des Landessenorenbeirates durch. Daran nahm der Vorsitzende Bernd Rosenheinrich teil. Gegenstand war die 2. Evaluierung des Seniorenmitwirkungsgesetzes M-V. Übereinstimmend wurde eingeschätzt, dass sich das Seniorenmitwirkungsgesetz in unserem Land bisher bewährt hat und beispielgebend auch für andere Bundesländer ist. Besonders wurde auf die Notwendigkeit der Änderung der Kommunalverfassung eingegangen, die die Bildung von Behinderten-, Kinder- und Jugend-, sowie Seniorenbeiräten dringend vorschreiben sollte.

*

Seit Jahresbeginn begleitet der Vorstand des Landessenorenbeirates die Vorbereitungen zur **Einführung des Seniorentickets in Mecklenburg-Vorpommern**. In konstruktiven Gesprächen mit dem Verkehrsministerium konnten Joachim Kießling und Bernd Rosenheinrich am 16. März 2023 und Herr Kießling am 12. Mai 2023 die Forderungen und Erwartungen des Landessenorenbeirats vortragen. Es wurde zugesagt, dass auch nach Einführung des Tickets im 3. Quartal 2023 für 2024 und die folgenden Jahre weitere Vergünstigungen für Seniorinnen und Senioren geprüft werden. Dies trifft insbesondere für den ländlichen Raum zu.

*

An der **Vollversammlung des Landesjugendrings** am 15. April 2023 in Rib-

nitz-Damgarten nahm die stellvertretende Vorsitzende Brigitte Seifert für den Landesseniorenbeirat teil. Der Vorstand des Landesjugendrings zog Bilanz seiner Arbeit. Einen großen Raum nahm die Information zur Arbeit der Enquetekommission „Jung sein in MV“ und die Beteiligung der Jugendlichen unter dem Motto „#mitmischen“ ein.

*

Am 20. April 2023 fand eine gemeinsame Beratung der kommunalen Seniorenbeiräte Torgelow, Ueckermünde und Eggesin statt. Brigitte Seifert informierte die Teilnehmer über die Ergebnisse des XII. Altenparlaments und die Arbeit des Landesseniorenbeirats. Da der Seniorenbeirat Eggesin sich neu gebildet hat, wurden insbesondere Erfahrungen bei der Bildung und in der Arbeit eines Seniorenbeirats diskutiert.

*

Am 26. April 2023 tagte die **Landesarbeitskonferenz M-V** (LAK) in Schwerin in den Räumen des Landesjugendrings M-V. Der Landesseniorenbeirat war durch seinen Vorsitzenden Bernd Rosenheinrich vertreten. Ines Jammer Lühr vom Diakonischen Werk MV e. V. berichtet über die Aktivitäten der LAK seit der letzten Mitgliederversammlung. Weiterhin berichtete sie über die Delegiertenversammlung der Nationalen Armutskonferenz am 12.10.2022 in Köln und am 21.03. 2023 digital.

Die LAK beschäftigt sich mit der Kinderarmut im Land. Im Projekt „Kinder brauchen Ferien“ des Landesjugendrings wird das Thema von Kinder- und Jugendarmut deutlich. Die gestiegenen Kosten betreffen oft einkommensschwache Familien, worunter besonders Kinder leiden. Auch junge Menschen in Ausbildungen haben unter der Kostensteigerung stark zu leiden.

Beschlossen wurde die Mitgliedschaft der Hochschule Neubrandenburg und des Erwerbslosenbeirates in der LAK M-V. Als Kandidaten für den neuen Sprecherrat stellten sich Ines Jammer-

Lühr vom Diakonischen Werk M-V e. V., Volker Hertenstein von der Schuldnerberatung, Professor Dr. Kai Brauer von der Hochschule Neubrandenburg, Olaf Hagen von der Sozial-Diakonischen Arbeit – Evangelische Jugend und Anna Herbst vom Landesjugendring M-V e. V. vor und wurden einstimmig gewählt. Prof. Dr. Kai Brauer wurde anschließend zum 1. Sprecher gewählt. Der Erwerbslosenbeirat bittet um Unterstützung beim Thema „Fehlende Longcovid Beratungsstellen“. Es erfolgt der Hinweis, dass neben Longcovid Patienten auch Personen mit Impfschäden zu kämpfen haben. Das Anliegen wird im Sprecherrat beraten.

*

Brigitte Seifert nahm am 27. April 2023 an einer Videokonferenz des Kooperationsnetzwerkes des Prozesses #mitmischenMV der **Enquete-Kommission „Jung sein in M-V“** teil. In der Konferenz ging es insbesondere um die Aufgaben und Inhalte der Enquetekommission. Sie soll attraktive Perspektiven für junge Menschen in MV formulieren. Hierzu werden mehrere Themencluster und Querschnittsthemen behandelt. Der LSB ist als Mitglied im Kooperationsnetzwerk aufgenommen und will sich aktiv einbringen.

*

Zur 37. Sitzung des **Finanzausschusses im Landtag MV** am 27. April 2023 war der Landesseniorenbeirat M-V, vertreten durch den Vorsitzenden Bernd Rosenheinrich, zu einer Expertenanhörung im Plenarsaal eingeladen.

Tagesordnungspunkt: Durchführung eines Expertengesprächs zum Thema Entwicklung der Vermögensverteilung in Mecklenburg-Vorpommern und der Einfluss der Erbschaft- und Schenkungsteuer auf die Entwicklung der Vermögensverteilung.

Im Vorfeld hatte der Landesseniorenbeirat schriftlich Stellung bezogen und neben einem Fragebogen auf folgende Situation verwiesen:

„Gerade bei Arbeitnehmern und Rentnern mit geringen oder mittleren Ein-

kommen verursachen die Einkommenssteuer und die Umsatzsteuer einen hohen Prozentsatz der Ausgaben vom monatlichen Einkommen. Sinnvolle Unterstützungen Bedürftiger erfolgen aber nicht.

Zwei Millionen Kinder und Jugendliche erhielten in der Bundesrepublik Ende 2022 Grundsicherung, die mehrfach als unzureichend eingeschätzt wurde. Sozialverbände mahnen seit Längerem Änderungen an. Die Bundesregierung verweist auf die Anhebung des Kindergeldes auf 250 Euro. Diese Leistung wird aber auch reichen Familien gezahlt und Kinder in der Grundsicherung profitieren nicht davon.

Mit der Angleichung des Rentenwertes Ost an West wurden zuletzt 0,7 Prozent jährlich angeglichen. Leider wird diese Angleichung so wie alle Rentenerhöhungen voll versteuert. Bei je einem Rentner aus Ost und West mit einer 2023 nach erfolgter Angleichung gleichen Rente nach beispielsweise 10 Jahren Rentenbezug, zahlt der Rentner aus dem Osten für seine Rente höhere Steuern. Er hat nicht nur die langjährigen Verluste durch den jeweils niedrigeren Rentenwert, sondern darf auch noch höhere Steuern zahlen. Unberücksichtigt bleiben hier die Fehler in der Berechnung der Ausgangsrenten nach Rentenüberleitungsgesetz.

Dies setzt sich fort in der Nichtbeachtung der Folgen der Inflation auf Rentnerhaushalte. Rentner erhalten keinen steuerfreien Inflationsausgleich von 3.000 Euro. Die Inflation in unserem Bundesland liegt im März mit 8,2 Prozent weiter über dem Bundesdurchschnitt. Im Supermarkt bekommen die Menschen unseres Landes weiterhin die höheren Preise zu spüren. Verglichen mit dem Februar stiegen in M-V im März die Verbraucherpreise um 1,4 Prozent, im Bund um 0,8. Die Menschen mit den niedrigsten Löhnen und Renten zahlen die vergleichsweise höchsten Steuern.

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Diese Beispiele könnte man mit den unsozial gestalteten Energiepreisdeckeln fortsetzen. Wir sehen wichtige Themen bei der Gestaltung eines ausgewogenen und sozialen Steuersystems. Dazu gehört auch eine steuerliche Berücksichtigung des Ehrenamtes. Ein Rentner im Minijob kann alle Vorteile des Steuersystems für Arbeitnehmer geltend machen, ein Rentner im Ehrenamt darf dies nicht. Beispiel: Unterschiedliche Erstattung von Reisekosten.

Unverständlich auch die nach wie vor höheren Energiepreise, obwohl die Vorgängerbundesregierung mit dem Wegfall der EEG-Umlage niedrigere Preise versprochen hatte. Hohe Preise bringen höhere Umsatzsteuern. Hier sehen wir ein hohes Potential, um im Interesse der Menschen unseres Landes aktiv zu werden.“

Inzwischen hat die Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke bestätigt, dass Ostdeutsche auf ihre Rente tatsächlich mehr Steuern zahlen! Aber auch die Rente ist ungleich bemessen. Während Beschäftigte, die relativ schnell in Ost und West einheitliche Tarifverträge hatten, wie im öffentlichen Dienst, gegenüber ihren westlichen Kollegen über 100 Prozent Rente erhalten, ist dies bei Niedriglöhnern gerade umgekehrt. Sie liegen weit unterhalb der Rente ihrer westlichen Kollegen bei ca. 80 Prozent und weniger.

*

Am 2. Mai trafen sich zum ersten Mal die Mitglieder der Jury für den **Wettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune“**. Der Landessenorenbeirat wird vertreten durch Brigitte Seifert und Bernd Rosenheinrich. Zum Vorsitzenden wurde der Abteilungsleiter im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport, Hartmut Renken, gewählt. Im Folgenden wurden inhaltliche Probleme des Wettbewerbes

diskutiert und terminliche Abstimmungen vorgenommen. Der Abgabetermin der Wettbewerbsunterlagen wurde auf den 15. Juli verlängert.

*

Im Rahmen der **16. Ehrenamtsmesse** Mecklenburg-Vorpommern beantwortete Brigitte Seifert auf der Messe in Pasewalk am 6. Mai 2023 Fragen rund ums Ehrenamt und zur Arbeitsweise des Landessenorenbeirats

*

Peter Lundershausen folgte der Einladung zum **Runden Tisch Medienkompetenz Mecklenburg-Vorpommern** am 10. Mai in Rostock. Eingeladen hatte die Landeszentrale für politische Bildung MV gemeinsam mit der Medienanstalt MV.



Dieser Runde Tisch sollte eine Auftaktveranstaltung für jetzt zweimal jährlich stattfindende Veranstaltungen sein. Vertreten waren unterschiedliche Interessengruppen, auch Vertreter von Funk und Fernsehen. Leider waren zum Runden Tisch keine Vertreter der Printmedien erschienen. Nach den Grußworten durch die Oberbürgermeisterin Eva-Maria Kröger gab es ein Impulsreferat durch Prof. Dr. Andreas Spengler zum Thema Medienbildung. Die Medienanstalt MV stellte ihr Konzept zur Verbesserung der dezentralen, außerschulischen Strukturen für die Vermittlung von Medienkompetenz in MV vor.

Die anschließende Diskussion zeigte, dass das Hauptaugenmerk nur auf die Medienbildung von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet ist. Erst in der Diskussion wurden zwei weitere

Schwerpunkte hinzugefügt: Medienbildung in ländlichen Raum und die Medienbildung im Alter, sprich im Seniorenbereich. Am Nachmittag stellte dann das Mediatop Rostock seine Räumlichkeiten, Aufgaben und Arbeitsweisen vor.

*

Unter dem Thema „Jetzt erst recht – Teilhabe und Mitgestaltung der älteren Generation“ fand am 11. Mai eine **Fachtagung des Landesring MV des Deutschen Seniorenringes e. V.** statt. Vorgestellt wurde u.a. die Studie „Ageismus – Altersbilder und Altersdiskriminierung in Deutschland“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und das Thema „Einsamkeit in einer alternden Gesellschaft“. Bri-

gitte Seifert, die stellvertretende Vorsitzende des Landessenorenbeirates, stellte die Ergebnisse des XII. Altenparlamentes vor und lenkte den Blick auf die nun notwendigen Schritte zur Umsetzung der Beschlüsse und Resolutionen. In einer weiteren Runde ging es um das Thema Altersbilder und ihre

teils verzerrte Darstellung in der Gesellschaft. Über die gesamte Lebensspanne sind Altersbilder ein wichtiger Motor für individuelle und gesellschaftliche Entwicklung und für die Solidarität zwischen den Generationen.

*

Am 12. Mai 2023, dem internationalen Tag der Pflege, fand in Schwerin die erste **Jahrestagung der Fachstelle Demenz und dem Sozialministerium** statt. Brigitte Gluth besuchte als Vorstandsmitglied des LSB die Tagung rund um das Thema Demenz. Neben Fachvorträgen gab es auch einen ergreifenden Beitrag aus Sicht einer Betroffenen über die emotionalen Höhen und Tiefen sowie Erfahrungen nach der Diagnose Demenz. Dies zeigte klar die Probleme der Betroffenen und deren Angehörigen für die Teilnahme am öffentlichen Le-

ben auf. Bei der anschließenden Podiumsdiskussion wurde deutlich, dass bei derzeit ca. 36.000 an Demenz erkrankten Menschen in MV noch sehr große Anstrengungen von den entsprechend gesellschaftlich Verantwortlichen erforderlich sind, um ein würdevolles Leben mit Demenz für Betroffene und deren Angehörige zu ermöglichen.

*

Peter Lundershausen nahm am 12.05.2023 für den LSB an der **Frühjahrstagung der Sektion Alter(n) und Gesellschaft der Deutschen Gesellschaft für Soziologie** zum Thema „Altersarmut, Altersdiskriminierung,

Alterssicherung: soziale Ungleichheiten im Ruhestand“ in Neubrandenburg teil.

Der Schwerpunkt dieser Tagung lag auf dem Verständnis des Alterns unter den verschiedenen Aspekten des demografischen Wandels, des sozialstaatlichen Handelns, des sozialen Wandels, des Klimawandels, der Digitalisierung und Technisierung und des Ageismus.

Altersarmut in Deutschland infolge von generativen Verteilungseffekten, verdeckte Armut im Alter und Ansätze der offenen Altenhilfe sowie das Thema „Gleiches Rentenrecht – ungleiche Altersrenten als Folgen der

Vereinheitlichung des Rentenrechtes für ostdeutsche Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen“ wurden durch verschiedene Referenten überzeugend dargestellt. Eine Übersicht zu verfügbaren Einkommen der älteren Menschen in der Schweiz wurde durch Prof. Dr. Carlo Knöpfel dargestellt, wobei er darauf hingewiesen hat, dass die Rentnerhaushalte in der Schweiz viele Kosten selbst tragen müssen und der Föderalismus in der Schweiz für große Unterschiede sorgt. So betragen die Kosten in einem Schweizer Pflegeheim zwischen 6.000 bis 10.000 Schweizer Franken (1 CHF = 1,03 €). ■

*Der Landesseniorenbeirat führte im März seine Regionalkonferenzen in Rostock und Waren durch.
Eine Teilnehmerin der Konferenz in Waren an der Müritz sendete diesen Beitrag dazu ein:*

Regionalkonferenz in Waren

Als Vorstandsmitglied vom Seniorenbeirat Stralsund nahm ich am 29. März 23 an der diesjährigen Regionalkonferenz des Landesseniorenbeirats für die kommunalen Seniorenbeiräte der Landkreise Vorpommern-Rügen, Vorpommern-Greifswald und der Mecklenburger Seenplatte teil, die in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport in MV stattgefunden hat.

Die Veranstaltung fand in der Landeskirchlichen Gemeinschaft in Waren statt.

Ich habe das 2. Mal an einer Regionalkonferenz teilgenommen und war schon im Vorfeld an den Themen interessiert.

Birgit Grämke, von der Landeskoordinierungsstelle für Suchtthemen MV referierte über das Thema: „Älter werden, aber ohne Sucht“. Es ist ein aktuelles Thema, da im Alter Einsamkeit zunehmen kann beispielsweise durch den Verlust naher Menschen, Krankheiten oder finanzieller Probleme. Durch diese und anderer auslösende Umstände erhöht sich die Ge-



Das Thema „Älter werden ohne Sucht“ interessierte die Teilnehmer. Foto: Anett Jepp

fahr des Alkoholmissbrauchs. Dabei wurde mir wieder der Blick für Menschen geöffnet, die schnell die Mitte zur Gesellschaft verlieren können (siehe Beitrag auf Seite 13).

Beate Berger vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport M-V informierte ausführlich über Agendapunkte aus dem Sozialministerium und es kam zum regen Gedankenaustausch. Brigitte Seifert, Präsidentin des XII. Altenparlaments, gab eine kritische Auswertung des XII. Altenparlaments vom 20.10.22, wobei ersichtlich wurde, dass noch viel Wünsche offen sind

und der Blick für ältere Menschen mehr Beachtung finden muss.

Peter Lundershausen, Schatzmeister des Landesseniorenbeirats, moderierte die Veranstaltung.

Ich fand die gesamte Organisation gut gelungen und danke auch im Namen aller Teilnehmer dem Seniorenbeirat Waren für das leibliche Wohl und die Unterstützung durch Anett Jepp vom Landesseniorenbeirat MV e.V und Heike Rademacher vom Landkreis Mecklenburgische Seenplatte.

*Brigitta Tornow
Seniorenbeirat Stralsund*

Schrittweise mehr Personal

Gesetzentwurf zur Umsetzung der Personalbemessung

Sozialministerin Stefanie Drese hat am 21. März im Landtag in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der Personalbemessung in vollstationären Pflegeeinrichtungen eingebracht.

„Zukünftig gibt es in der vollstationären Pflege keine starre Fachkraftquote mehr“, verdeutlichte Ministerin Drese. Vielmehr richte sich die Personalausstattung danach, wie hoch der jeweilige Pflegebedarf der Pflegebedürftigen in der Einrichtung ist.

Dies geschieht auf einer bundeseinheitlichen und wissenschaftlichen Grundlage.

In der einrichtungsindividuellen Pflegegesetzvereinbarung wird zukünftig ein individueller Personalmix festgelegt, dessen Einhaltung von den Heimaufsichten der Landkreise und

kreisfreien Städte kontrolliert wird.

Die Ministerin erklärte, dass sich die wissenschaftlich fundierte Personalbemessung am Pflegebedarf orientiere, der mit Steigerung der Pflegebedürftigkeit zunimmt. Das bedeutet, dass der erforderliche Hilfskraftanteil bei niedrigen Pflegegraden höher ist, als der Fachkraftanteil.

„Pflegehilfskräfte sollen in weniger komplexen Pflegesituationen in der körperbezogenen Pflege und pflegerischen Betreuung tätig werden und damit die Pflegefachkräfte deutlich entlasten, um Zeit für deren fachliche Aufgaben zu schaffen. Damit wird die pflegerische Versorgung in den vollstationären Pflegeeinrichtungen verbessert“, so Drese.

Die neue Personalbemessung führt nach Angaben von Drese dazu, dass

schrittweise mehr Personal in den Einrichtungen arbeiten wird.

Dieser geplante Zuwachs an Personal stelle die Pflegeeinrichtungen andererseits aber natürlich auch vor große Herausforderungen bei der Personalgewinnung. „Daher setzen wir im Land als eine wichtige Maßnahme gegenwärtig alles daran, die Pflegehelferausbildung voranzutreiben“, so die Ministerin.

Der Landessenorenbeirat würde es begrüßen, wenn Soll und Ist der Pflegekräfte verpflichtend im Eingangsbereich der Einrichtung veröffentlicht würden, damit die Angehörigen sich über den aktuellen Stand und damit auch die Qualität der Pflege informieren könnten. Hier erwarten wir künftig mehr Transparenz. ■

M-V tritt Härtefallfonds für DDR-Renten bei

Einmalzahlung für anspruchsberechtigte Betroffene in Höhe von 5.000 Euro

Das Land Mecklenburg-Vorpommern beteiligt sich am Härtefallfonds des Bundes für Rentnerinnen und Rentner, deren Rentenansprüche bei der Überleitung aus dem DDR-Rentenrecht nicht berücksichtigt worden sind. „Durch den Betritt des Landes zur Stiftung Härtefallfonds, der zum 3. April wirksam wurde, werde die Einmalzahlung für anspruchsberechtigte Betroffene unter Einsatz von Landesmitteln verdoppelt“, teilte Sozialministerin Stefanie Drese mit.

Der Fonds richtet sich an bestimmte Berufs- und Personengruppen aus der Ost-West-Rentenüberleitung, darunter Beschäftigte bei der Deutschen Reichsbahn, der Deutschen Post und des Gesundheits- und Sozialwesens, Beschäftigte in einer bergmännischen Tätigkeit in der Carbochemie oder Braunkohleveredlung,

Balletttänzerinnen und -tänzer sowie nach DDR-Recht Geschiedene mit mindestens einem Kind. Allein in MV sei Schätzungen zu Folge mit ca. 7.200 Berechtigten zu rechnen, so Drese.

Auch Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie jüdische Kontingentflüchtlinge mit niedrigen Renten können Anträge an Härtefallfonds stellen. Antragstellende aller drei Gruppen müssen hierfür zum Zeitpunkt der Stiftungsgründung ihren Wohnsitz in Mecklenburg-Vorpommern haben.

„Nach vielen Jahren ist es endlich gelungen, eine Lösung zu finden. Wir wissen, dass damit bei den Betroffenen nicht alle Erwartungen erfüllt werden können. Mecklenburg-Vorpommern ist aber eines von bisher vier Bundesländern, dass eine 50 prozentige Kofinanzierung des Fonds

vornimmt und dafür über 20 Millionen Euro Landesmittel in den nächsten Jahren zur Verfügung stellt“, verdeutlichte Drese.

Betroffene können ihren Antrag bei der Geschäftsstelle der Stiftung Härtefallfonds in Bochum noch bis zum 30. September 2023 stellen.

Weiterführende Informationen zu den zu erfüllenden Voraussetzungen sowie die Antragsformulare finden Betroffene auch auf den Seiten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Darüber hinaus steht eine kostenlose Hotline der Stiftung Härtefallfonds von montags bis donnerstags in der Zeit von 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr und freitags von 8:00 Uhr bis 14:00 Uhr unter der Nummer 0800/7241634 zur Verfügung. ■

Krankenhausversorgung und Telemedizin im Fokus

Landes-Gesundheitskommission legt weitere Schwerpunkte fest

In ihrer Sitzung vom 29. März in Schwerin haben die Mitglieder der Expertenkommission zur Weiterentwicklung des Gesundheitswesens in Mecklenburg-Vorpommern zwei weitere Schwerpunktthemen beschlossen. Künftig werden auch die Krankenhausversorgung sowie die Digitalisierung und Telemedizin im Fokus der Arbeit des Gremiums stehen. „Mit den zwei neuen Schwerpunktbereichen können wir die Herausforderungen im Gesundheitswesen in M-V noch gezielter angehen. Insbesondere mit Blick auf die Krankenhausreform des Bundes ist es gut, dass die Krankenhausversorgung nun auch ein zentrales The-

ma für die Arbeit der Expertinnen und Experten in der Landeskommission ist“, erläutert Stefanie Drese, Gesundheitsministerin und 1. Vorsitzende der Kommission. Darüber hinaus sei laut Drese der Fokus auf den Ausbau telemedizinischer Angebote und der Digitalisierung im Gesundheitswesen von großer Bedeutung: „Anders als in Ballungsräumen müssen bei uns im Land oft weite Wege zurückgelegt werden. Telemedizin hilft, diese zu überbrücken und die Gesundheitsversorgung für die Menschen und die Arbeit der Medizinerinnen und Mediziner bestmöglich und effizient zu gestalten.“ Bereits in der ersten Sitzung im Au-

gust vergangenen Jahres hatte die Kommission zwei Schwerpunktthemen für ihre Arbeit vereinbart: So sollte neben der Pädiatrie und Geburtshilfe dem Bereich Prävention besondere Aufmerksamkeit zukommen. Erste Ergebnisse wurden im Zuge der Tagung besprochen. „Für die Pädiatrie und die Geburtshilfe wurde eine umfangreiche aktualisierte und bedarfsorientierte Gesamtschau zu Krankheitslasten, Fachkräftestruktur und Versorgungsbedarfsprognosen erstellt“, teilte Drese mit. Zudem seien unter anderem Maßnahmen zur Fachkräftesicherung und zur Erhöhung der Arbeitsplatzattraktivität entwickelt worden. ■

Gefährliche Engpässe bei Arzneimitteln

Kassenärztliche Vereinigung und Apothekerverband M-V informieren

Die fortbestehenden Engpässe bei Arzneimitteln gefährden die Versorgung der Patienten in Mecklenburg-Vorpommern. Entgegen der Aussage des Bundesgesundheitsministers, wonach sich die Lage entspannt haben soll, sind fehlende Medikamente nach wie vor ein großes Problem für die Patientenversorgung. „Bei jedem zweiten Patienten, der in die Apotheke kommt, besteht Klärungsbedarf in Bezug auf die Abgabe des vom Arzt verordneten Medikaments, in zehn Prozent der Fälle ist das verordnete Arzneimittel nicht verfügbar und es muss nach einer Alternative gesucht werden“, erklärt Axel Pudimat, Vorsitzender des Apothekerverbandes Mecklenburg-Vorpommern und Apotheker in Rostock Lütten-Klein. Für Apotheker bedeutet dies einen erheblichen zusätzlichen Aufwand, Patienten sind verunsichert, wenn sie die Arznei, die der Arzt verschrieben hat und auf die sie zur Behandlung ihrer Erkrankungen angewiesen sind, nicht bekommen. Wenn

zudem nur kleine Packungsgrößen lieferbar seien, müssten die Patientinnen und Patienten mehrfach die gesetzlich vorgeschriebene Zuzahlung leisten. „Ein echtes Ärgernis für alle Beteiligten“, findet Pudimat. Er könne es verstehen, wenn sich die Patienten dann in den Apotheken beschwerten und ihren Unmut äußerten. Besonders dramatisch ist die Situation derzeit in den Praxen der Haus- und Kinderärzte. „Die Situation spitzt sich langsam zu“, erklärt der Kinderarzt Dr. Frank Kirchhoff aus Rostock. Mittelohr- oder Mandelentzündungen, Scharlach und weitere Infektionskrankheiten sind in seiner Praxis seit Monaten an der Tagesordnung. Zur Behandlung sind Antibiotika notwendig. „Die sind aber gerade für Kinder gegenwärtig schwer verfügbar. Zunächst gingen die Antibiotika der Standardtherapie, wie Penicillin- und Amoxicillin-Tabletten aus, dann auch die entsprechenden Säfte für Kinder. Wenn das erste Antibiotikum der Wahl nicht vorrätig ist, greifen wir auf Alter-

nativen zurück. Aber selbst bei diesen Alternativtherapien, die in unseren Leitlinien vorgesehen sind, geraten wir bisweilen schon an die Grenzen und müssen gegebenenfalls erhöhte Nebenwirkungen in Kauf nehmen“, sagt Dr. Kirchhoff. Und selbst dann müssten Eltern mit fiebernden Kindern oft mehrere Apotheken aufsuchen und weite Wege zurücklegen, um überhaupt noch an das Präparat zu gelangen. „Ich kann nicht ausschließen, dass Kinder ins Krankenhaus eingewiesen werden müssen, um dort ein Antibiotikum intravenös zu erhalten, wenn sich die Lage so weiter entwickelt“, so der Kinderarzt. Vertragsarzt Kirchhoff ist zudem gesetzlich verpflichtet, das wirtschaftlichste Arzneimittel bzw. Packungsgröße zu verordnen. Das ist aber in der derzeitigen Mangellage oft nicht möglich, wenn er seine Patientinnen und Patienten überhaupt versorgen will. Ob er dafür irgendwann einmal in Re-

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

gress genommen wird, also von den Krankenkassen für Zusatzkosten in Anspruch genommen wird, weiß er heute noch nicht, was die Verunsicherung erhöht. Den zusätzlichen zeitlichen Aufwand in der Praxis erhält er überdies nicht vergütet. Ebenso geht es den Apothekern, die eine sogenannte Retaxierung fürchten müssen. In diesen Fällen erhalten sie die Kosten für ein abgegebenes Arzneimittel nicht von den Krankenkassen erstattet, wenn bestimmte Voraussetzungen nicht erfüllt sind. „Die Folgen der Kostendämpfungspolitik der letzten Jahrzehnte wird auf dem Rücken und vor allem zu Lasten der Patienten ausgetragen“,

sagt Dipl.-Med. Angelika von Schütz, Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern (KVMV). Wieder einmal trifft es vor allem die Kinder und ihre Eltern, nachdem zuletzt schon die Fiebersäfte knapp waren. Darüber hinaus würden die Suche nach Alternativtherapien, das Wiedervorstellen der Patienten sowie erforderliche telefonische Rücksprachen mit den Apothekern viel Zeit in den Praxen kosten, die dann für die Versorgung fehle, so von Schütz. Bis die geplanten Gesetzesänderungen von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach greifen, wird es noch einige Zeit dauern. „Festbeträge und das Rabattvertragssystem haben die Erstattungspreise für viele Stan-

dardpräparate in den letzten Jahren so stark gedrückt, dass immer mehr Hersteller aus dem deutschen Markt ausgestiegen sind. Diese Preispolitik rächt sich jetzt und die Folgen lassen sich eben nicht von heute auf morgen beheben“, sagt Apotheker Axel Pudimat in dem Bewusstsein, dass Arzneimittellengpässe seine Arbeit noch lange bestimmen werden.

Auch Ältere erhalten oftmals ihre gewohnten Medikamente nicht. Bei der Einnahme mehrerer Medikamente kann dies nichtgewollte Folgen haben. Fatal, wenn daraus Verwechslungen entstehen, da das bisherige Medikament in Farbe, Größe und Dosierung nicht mehr zur Verfügung steht und ersetzt werden muss bzw. ein ständiger Wechsel stattfindet. ■

Seniorenfreundliche Kommunen gesucht

Verlängerte Bewerbungsfrist – Teilnahme bis zum 15. Juli

Gemeinsam mit dem Landesseniorenbeirat sucht das Sozialministerium bereits zum fünften Mal „Seniorenfreundliche Kommunen“ in Mecklenburg-Vorpommern. Gesucht, bewertet und dokumentiert werden Konzepte, die die Teilnahme von älteren Menschen am öffentlichen Leben verbessern, altersgerechte Angebote machen, ihnen im Alltag Unterstützung geben und zum generationsübergreifenden Miteinander beitragen. „Ziel des Wettbewerbs ist es, in den Städten und Gemeinden das Bewusstsein für die Belange älterer Menschen zu stärken und gute Beispiele bekannt zu machen“, betont Drese. „Damit machen wir die seniorenfreundlichen Lösungen und Angebote sichtbar und schaffen Vorbilder für andere Kommunen.“

Die Auszeichnung wird in drei von der Einwohnerzahl abhängigen Kategorien vergeben. In den Kategorien werden die Plätze 1 bis 3 mit einer Urkunde und einem Preisgeld in Höhe von insgesamt 10.000 Euro geehrt. Darüber hinaus kann ein Innovationspreis mit einem Preisgeld von 1.000 Euro

vergeben werden. Bewerbungen können bis zum 15. Juli 2023 beim Minis-

Ansprechpartner

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport
Mecklenburg-Vorpommern
Cornelia Kropp
19048 Schwerin
Tel.: 0385 588 19323
E-Mail: cornelia.kropp@sm.mv-regierung.de

Landesseniorenbeirat
Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Anett Jepp
Perleberger Straße 22
19063 Schwerin
Tel.: 0385 555 7970
E-Mail: lsb@landesseniorenbeirat-mv.de

Die Bewerbungsunterlagen finden Sie auch im Internet unter:

www.sozial-mv.de
www.landesseniorenbeirat-mv.de

Teilnahmeschluss ist der 15. Juli 2023. Die Teilnahme am Wettbewerb ist kostenfrei. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Impressum

Herausgeber
Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport
Mecklenburg-Vorpommern
19048 Schwerin
Tel.: 0385 588-0 Fax: 0385 588 19700
E-Mail: poststelle@sm.mv-regierung.de

terium für Soziales, Gesundheit und Sport eingereicht werden. ■

Seniorensicherheit in Pinnow

Veranstaltung mit Musik vom Landespolizeiorchester

In unserer Pinnower Seniorengruppe 50plus finden regelmäßig Veranstaltungen statt, in denen wir Gedanken austauschen können. Gegenwärtig bewegen uns Nachrichten, die darüber informieren, wie ältere Menschen um ihr Hab und Gut gebracht werden. Wir sind fassungslos und fragen uns, wie das funktionieren kann. Ständig wird in der lokalen Presse, im Radio und auch im Fernsehen darauf warnend aufmerksam gemacht. Immer wieder fallen Bürger auf diese Machenschaften herein.



Da ist es gut, dass wir vor Ort darüber fachlich beraten werden, Fragen zu unserem Schutz beantwortet bekommen und entsprechend eigene Vorkehrungen treffen können, um nicht in diese Fallen, die sehr raffiniert ge-



Foto: Jutta Messer

Aufmerksam verfolgen die Teilnehmer die Ausführungen von Seniorensicherheitsberater Bernd Fritsch.

legt werden, hineinzugeraten. In was für einer verdrehten Welt verbringen wir unseren Lebensabend? Wir erleben am 13. April einen interessanten und aufschlussreichen Vortrag durch den Seniorensicherheitsberater Bernd Fritsch, der aus eigenen beruflichen Erfahrungen zu uns sprach. Musikalisch wurde diese Veranstaltung durch

die Harmonikafreunde des Landespolizeiorchesters umrahmt.

Nachdenklich gingen wir nach Hause und wünschten uns allen, niemals von einer solchen infamen Betrugsmasche überrumpelt zu werden.

Erika Nagel

Seniorengruppe 50plus Pinnow

Projekt Seniorensicherheitsberater wird gefördert durch:

PROVINZIAL

und



Landesrat für Kriminalitätsvermeidung
Mecklenburg-Vorpommern

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvermeidung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter www.kriminalpraevention-mv.de

Sucht im Alter

Besondere Herausforderung bei Verwendung von Medikamenten

Mecklenburg-Vorpommern hat eine vergleichsweise hohe Anzahl von älteren Menschen. Laut dem Statistischen Landesamt sind mehr als ein Drittel der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern 60 Jahre oder älter.

Das Aktionsbündnis für Gesundheit gestaltet den Gesundheitszieleprozess für das Land Mecklenburg-Vorpommern. Dabei lautet ein Gesundheitsziel „Gesund älter werden“ und dazu gehört auch die Reduzierung von Suchterkrankungen. www.aktionsbuenndnis-gesundheit-mv.de Hier soll eine landesweite Kampagne ansetzen.

Im Alter verändert sich vieles im Leben und auch der Umgang mit Sucht-

mitteln kann sich wandeln. Doch trotzdem bleibt Sucht auch im höheren Lebensalter ein relevantes Thema. Wie können ältere Menschen davor geschützt werden, abhängig von Alkohol oder anderen Drogen zu werden? Und was können Angehörige und Fachleute tun, um Betroffene zu unterstützen?

Ein Grund, warum das Thema Sucht im Alter oft vernachlässigt wird, ist die Annahme, dass ältere Menschen weniger gefährdet sind als jüngere. Tatsächlich ist es so, dass ältere Menschen tendenziell weniger Alkohol konsumieren als junge Erwachsene. Doch auch im Alter kann Alkohol- und Drogenmissbrauch zu gravieren-

den Problemen führen. So können Abhängigkeitserkrankungen bei älteren Menschen schwerwiegende Folgen haben, wie beispielsweise:

- Verschlechterung von körperlicher und geistiger Gesundheit
- Einschränkung der Mobilität und Selbstständigkeit
- Erhöhung des Sturzrisikos und damit verbundener Verletzungen
- Einsamkeit und soziale Isolation
- Finanzielle Probleme durch erhöhte Ausgaben für Suchtmittel
- Schwierigkeiten in zwischenmenschlichen Beziehungen

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

Eine besondere Herausforderung stellt dabei die Verwendung von Medikamenten dar. Viele ältere Menschen nehmen regelmäßig Medikamente ein, um chronische Erkrankungen zu behandeln. Doch auch diese können abhängig machen und sollten daher mit Vorsicht verwendet werden.

Es gibt verschiedene Faktoren, die das Risiko einer Abhängigkeitserkrankung im Alter erhöhen können.

Dazu gehören unter anderem:

- Einsamkeit und soziale Isolation
- Verlust von Freunden und Familienmitgliedern
- Gesundheitliche Probleme oder Schmerzen
- Stress und Belastungen im Alltag
- Verlust der Selbstständigkeit und Selbstbestimmung
- Langeweile und fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten
- Psychische Erkrankungen wie Depressionen oder Angststörungen

Um das Risiko einer Abhängigkeitserkrankung im Alter zu minimieren, gibt es verschiedene Ansätze. Zum einen kann eine gesunde Lebensweise dabei helfen, das Risiko zu senken. Dazu gehören regelmäßige Bewegung, eine ausgewogene Ernährung und ausreichend Schlaf.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die soziale Unterstützung. Durch den Kontakt zu Familie, Freunden und anderen

Menschen kann Einsamkeit und Isolation vermieden werden. Auch das Finden von neuen Hobbys und Interessen kann dabei helfen, sich selbst zu beschäftigen und so das Risiko einer Sucht zu verringern.

Wenn eine Sucht bereits vorliegt, ist es wichtig, schnell Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dazu können Fachleute wie Ärzte und Ärztinnen, Psychologen oder Suchtberater konsultiert werden. Auch Selbsthilfegruppen können dabei helfen, sich mit anderen Betroffenen auszutauschen.

Kampagne „Klar durchs Leben“

Mit der Kampagne wollen wir auf die besonderen Herausforderungen hinweisen, die ältere Menschen bei der Bewältigung einer Sucht haben können.

Sie soll dazu beitragen, das Bewusstsein für das Thema zu schärfen und Betroffene sowie Angehörige zu informieren und zu sensibilisieren. Dabei werden gezielte Informationen zu Risiken, Ursachen und Präventionsmöglichkeiten vermittelt. Auch konkrete Handlungsempfehlungen sollen angeboten werden, um Betroffene und Angehörige zu unterstützen. Mit „Klar durchs Leben“ soll das Thema in der Öffentlichkeit stärker ins Bewusstsein rücken und so dazu beitragen, dass ältere Menschen besser vor den Risiken einer Abhängigkeitserkrankung geschützt werden. Gleichzeitig kann die Kampagne dazu beitragen, das Stigma zu reduzieren, das oft

mit dem Thema Sucht verbunden ist und Betroffene dazu ermutigen, sich frühzeitig Hilfe zu suchen.

Die Kampagne richtet sich an alle Zielgruppen, die mit dem Thema „Sucht im Alter“ in Berührung kommen können. Dazu gehören nicht nur ältere Menschen selbst, sondern auch ihre Angehörigen, Pflegekräfte, Ärzte und andere Fachleute im Gesundheits- und Sozialwesen. Nur durch eine breite Sensibilisierung und Aufklärung kann langfristig dazu beigetragen werden, dass ältere Menschen besser vor den Risiken einer Abhängigkeitserkrankung geschützt sind.

Bei den beiden Regionalkonferenzen des Landesseniorenbeirates haben wir uns zu der Thematik ausgetauscht und gemeinsam diskutiert, wie man Senioren und Seniorinnen erreichen kann. Gleichzeitig haben die Teilnehmer der Konferenzen für einen Namen der Kampagne abgestimmt und sich für „Klar durchs Leben“ entschieden.

Auf der Seite www.lakost-mv.de findet man unter der Rubrik Unterstützung, Suchtberatungsstellen in seiner Nähe für Hilfe, Information oder Kooperation. Für den Besuch einer Suchtberatungsstelle benötigt man keine Krankenkassenkarte und auch Angehörige können sich kostenfrei dort beraten lassen.

Unter www.suchtselbsthilfe-mv.de findet man Kontakt zu Selbsthilfegruppen.

*Birgit Grämke, Geschäftsführerin
Landeskoordinierungsstelle
für Suchtthemen MV*

Pfändungsschutzkonto

Die Verbraucherzentrale informiert zum P-Konto: Was Sie darüber wissen sollten

Ein Pfändungsschutzkonto, kurz P-Konto genannt, ist ein Bankkonto, das vor Gläubigerpfändungen geschützt ist. Es ist ein wichtiges Instrument für Menschen, die aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen

bedroht sind. Dieser Artikel erklärt, was ein P-Konto ist, wer es beantragen kann und wie es funktioniert.

Was ist ein P-Konto?

Ein P-Konto ist ein Girokonto, das vor Pfändungen von Gläubigern ge-

schützt ist. Das bedeutet, dass ein Gläubiger nicht das gesamte Guthaben auf dem Konto pfänden kann, sondern nur einen bestimmten Betrag, der gesetzlich festgelegt ist. Das restliche Guthaben bleibt für den Schuldner verfügbar.

Das Ziel des P-Kontos ist es, sicherzustellen, dass der Schuldner trotz einer Pfändung weiterhin über ein gewisses Existenzminimum verfügt.

Wer kann ein P-Konto beantragen?

Jeder, der ein Girokonto hat, kann ein P-Konto beantragen. Es spielt keine Rolle, ob man Arbeitnehmer, Arbeitsloser oder Selbstständiger ist. Auch Personen, die in der Insolvenz sind, können ein P-Konto beantragen. Ebenso spielt es keine Rolle, ob das Konto im Minus ist. Bei einem Gemeinschaftskonto ist es zudem erforderlich, zunächst Einzelkonten zu eröffnen und dann das Einzelkonto in ein P-Konto umzuwandeln. Das P-Konto ist nicht für Unternehmen oder juristische Personen geeignet.

Wie funktioniert ein P-Konto?

Ein P-Konto funktioniert wie ein normales Girokonto. Der einzige Unterschied besteht darin, dass das Konto vor Pfändungen geschützt ist. Wenn ein Gläubiger eine Pfändung beantragt, wird die Bank das Konto in ein P-Konto umwandeln und den pfändungsfreien Betrag freigeben. Der pfändungsfreie Betrag ist gesetzlich festgelegt und richtet sich unter anderem nach der Anzahl der Unterhaltsberechtigten des Schuldners. Derzeit liegt der Betrag für eine einzelne Person bei 1.330,16 Euro im Monat.

Wenn der Schuldner weitere Unterhaltsberechtigte, z. B. Kinder, hat oder bestimmte Sozialleistungen bezieht, erhöht sich der Betrag entsprechend. Die Freibeträge werden regelmäßig angepasst und steigen ab dem 01.07.2023 an – für eine Einzelperson auf 1.402,28 Euro. Wenn das Guthaben auf dem Konto den pfändungsfreien Betrag überschreitet, kann der Gläubiger den darüber hinausgehenden Betrag pfänden. Wenn das Guthaben regelmäßig unterhalb des Freibetrages liegt, kann

man beim Vollstreckungsgericht für jeweils maximal zwölf Monate die „Anordnung der Unpfändbarkeit“ des Kontoguthabens beantragen. Damit ist das Konto insgesamt frei, alle Pfändungen laufen für diesen Zeitraum ins Leere und Kreditinstitute müssen weder Freibeträge beachten noch Überwachungen durchführen.

verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern

Wie beantragt man ein P-Konto?

Um ein P-Konto zu beantragen, muss der Schuldner lediglich sein Girokonto bei der Bank als P-Konto kennzeichnen lassen. Dazu reicht in der Regel ein formloser Antrag aus, den der Schuldner bei seiner Bank einreicht.

Möchte man höhere Freibeträge als den Grundfreibetrag in Anspruch nehmen, müssen dafür Nachweise z.B. von der Familienkasse, dem Sozialleistungsträger oder anerkannten Schuldnerberatungsstellen vorgelegt werden.

Welche Vorteile hat ein P-Konto?

Das P-Konto hat den Vorteil, dass es den Schuldner vor Pfändungen schützt und ihm ein gewisses Existenzminimum sichert. Das bedeutet, dass der Schuldner trotz einer Pfändung über ein gewisses Guthaben auf dem Konto verfügt, um seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Außerdem kann der Schuldner jederzeit über sein Guthaben verfügen und muss nicht erst auf die Freigabe des Geldes durch den Gläubiger warten.

Welche Nachteile hat ein P-Konto?

Ein Nachteil des P-Kontos besteht darin, dass dies bei der Schufa registriert wird und die Bonitätsbewertung ver-

schlechtert. Wird das P-Konto nicht mehr benötigt, besteht das Recht auf Rückumwandlung in ein normales Girokonto.

Zudem verlangen manche Banken höhere Entgelte für P-Konten. Der Bundesgerichtshof hat jedoch bereits mehrfach entschieden, dass derartige Sonderentgelte unzulässig sind.

Welche Alternativen gibt es zum P-Konto?

Wenn ein Schuldner nicht in der Lage ist, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, ist ein P-Konto möglicherweise nicht die beste Lösung. In diesem Fall sollte

der Schuldner sich zusätzlich an eine Schuldnerberatungsstelle wenden. Eine Möglichkeit besteht darin, mit den Gläubigern eine Ratenzahlungsvereinbarung zu treffen oder einen außergerichtlichen Vergleich zu vereinbaren.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, ein Insolvenzverfahren durchzuführen. Hierbei wird der Schuldner von seinen Schulden befreit, muss jedoch unter Umständen mit Einschränkungen seiner finanziellen Freiheit rechnen.

Stephan Tietz
Leiter Fachbereich
Finanzdienstleistungen

FAZIT

Ein P-Konto kann eine sinnvolle Lösung sein, um sich vor Gläubigerpfändungen zu schützen und ein gewisses Existenzminimum zu sichern. Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass ein P-Konto auch mit Nachteilen verbunden sein kann und nicht in jedem Fall die beste Lösung darstellt. Wenn ein Schuldner finanzielle Probleme hat, sollte er sich an eine geeignete Stelle wenden und sich über mögliche Alternativen informieren.

Einladung zur Veranstaltung

10 Jahre Pflegestützpunkt Schwerin – Pflege im Wandel

Im Juni 2023 begeht der Pflegestützpunkt Schwerin sein 10-jähriges Bestehen. Dies soll gefeiert werden. Zu diesem Jubiläum lädt das Team des Pflegestützpunktes Schwerin alle interessierten Bürger*innen am Donnerstag, den 29.06.2023, in der Zeit von 10:00 bis 14:00 Uhr zu einer Informationsveranstaltung rund um das Thema „Pflege im Wandel“ in das Rathaus, Am Markt 14, 19055 Schwerin ein.

Vorgestellt werden die Arbeit und die Unterstützungsmöglichkeiten der Beraterinnen des Pflegestützpunktes Schwerin sowie die vielfältigen Angebote regionaler Netzwerkpartner für pflegebedürftige Menschen jeden Alters. Die Festveranstaltung verspricht ein buntes Programm:

Eröffnet wird die Veranstaltung von der Dezernentin für Soziales, Jugend und Gesundheit der Landeshauptstadt Schwerin, Martina Trauth sowie dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der AOK Nordost Hans-Joachim Fritzen. Silvia Krüger, Vertreterin der Kranken- und Pflegekassen MV im Landessteuerausschuss gibt einen fachlichen Input zum Thema „Pflege findet in der Kommune statt“. Im Anschluss findet für alle Interessierten ein „Markt der Möglichkeiten“ statt, auf dem verschiedene Schweriner Anbieter ihre Angebote vorstellen:

Mitarbeiter eines Sanitätshauses stellen Hilfsmittel für die Pflege und Rehabilitation vor, laden zum Ausprobieren ein und beraten zur Finanzierung und Beantragung bei der Krankenkasse.



Stützpunkt Schwerin

Neutrale Pflegeberatung und Unterstützung

Über kostenlose Pflegekurse für Angehörige, Pflegehilfsmittel und ihre Anwendung informiert ein Mitarbeiter des Projektes „PfiFF - Pflege in Familien fördern“.

Fragen zum Thema Demenz und zur Alltagsbewältigung mit dem Krankheitsbild beantworten die Beraterinnen des Zentrum Demenz.

Das Kompetenzzentrum für Menschen mit Hör- und Sehbehinderungen und der Behindertenbeirat sind mit einem Informationsstand vertreten. Ebenso die Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle für Selbsthilfegruppen und das Seniorenbüro, das über ehrenamtliches Engagement und verschiedene Projekte wie zum Beispiel Alltagshelfer, Kulturbegleiter, Interessengruppen, Internetkurse und Wunschgroßeltern informiert.

Ein Anbieter stellt Hausnotruf-Systeme vor und der Sportverein Argus e.V. spezielle Kurse für ältere Menschen und Menschen mit Einschränkungen.

Besucher*innen können sich zur Patientenvollmacht beraten lassen sowie zu Vorsorge- und Betreuungsvollmachten, da ein Hospizverein und Vertreterinnen der Betreuungsbehörde und des Sozialpsychiatrischen Dienstes der Landeshauptstadt vor Ort sind.

Wer sich für gesunde Ernährung interessiert und neue Ideen sucht, wird sich über kleine gesunde Snacks mit leckeren Aufstrichen freuen. Diese können vor Ort verkostet werden. Mitarbeiterinnen des Fachdienst Gesundheit und der Vernetzungsstelle Seniorenernährung geben Tipps zur Herstellung dieser gesunden Alternativen.

Beratung zu allen Fragen zur Pflege erhalten Interessierte vom Team des Pflegestützpunktes. Die Beraterinnen informieren über wohnortnahe Unterstützungsmöglichkeiten bei Pflegebedürftigkeit, Möglichkeiten des Wohnungsumbaus, Hilfen bei der Hauswirtschaft, Finanzierung eines Pflegeheimplatzes sowie über bundes- und landesrechtliche Sozialleistungen. Sie geben Tipps zur Entlastung pflegender Angehöriger, helfen bei der Antragsstellung auf Leistungen der Pflegeversicherung, beraten zum Thema Schwerbehinderung und vieles mehr. Die Veranstaltung ist kostenlos, eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Ein barrierefreier Zugang ist über die Tourist-Information möglich.

*Nähere Informationen beim
Pflegestützpunkt Schwerin:
Telefon: 0385 545-2120 und
0385 545-2121 oder E-Mail pflege-stuetzpunkt@schwerin.de*

***Es gehört zu den vielen Merkwürdigkeiten des Lebens,
dass der Mensch immer bissiger wird, je weniger Zähne er hat.***

Stefan Heym (1913–2001), deutscher Schriftsteller



Vitanas

Länger
besser
leben!

LIEBEVOLLE UND QUALIFIZIERTE PFLEGE

Wir bieten: Kurz- und Langzeitpflege | Spezielle Wohnbereiche für Menschen mit Demenz | Verhinderungspflege | JuP (Junge Pflege) | Probewohnen
Mitbringen Ihrer privaten Möbel | Reinigungsservice für Ihre Wäsche
Abwechslungsreiches Freizeitangebot | Ausflüge in die Umgebung
Vielseitiges Therapieangebot | Ihre Gäste sind immer herzlich willkommen
Wir kochen täglich frisch für Sie

**RUFEN SIE AN ODER KOMMEN SIE VORBEI.
WIR BERATEN SIE GERNE PERSÖNLICH.**

Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark
Am Tierpark 6 | 17373 Ueckermünde
☎ (039771) 201 - 0 | www.vitanas.de/amtierpark

Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark
Neustrelitzer Straße 40 | 17033 Neubrandenburg
☎ (0395) 563 98 - 0 | www.vitanas.de/amkulturpark

Vitanas Generationenhaus Am Kulturpark
Neustrelitzer Straße 28 | 17033 Neubrandenburg
☎ (0395) 425 62 - 100 | www.vitanas.de/amkulturpark





GERAS-Preis 2023 ausgeschrieben

BAGSO sucht sehbehindertenfreundliche Alten- und Pflegeeinrichtungen

Einschränkungen und der Verlust der Sehfähigkeit treten vor allem im höheren Lebensalter auf. Die Betroffenen stehen vor zahlreichen Herausforderungen bei der Bewältigung des Alltags und der gesellschaftlichen Teilhabe. Pflegeeinrichtungen können viel dazu beitragen, dass Bewohnerinnen und Bewohner mit Seheinschränkungen ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen können und augenmedizinisch versorgt werden. Mit dem GERAS-Preis 2023 möchte die BAGSO Pflegeeinrichtungen auszeichnen, die sich in vorbildlicher Weise auf sehbeeinträchtigte

Menschen und Menschen mit Sehbehinderungen einstellen.

Gesucht werden gute Praxisbeispiele die zeigen, welche konkreten Maßnahmen Pflegeeinrichtungen für Menschen mit Seheinschränkungen umsetzen. Dies kann die sehbehindertenfreundliche Gestaltung des Hauses sein, ebenso wie die Sensibilisierung und Fortbildung von Beschäftigten oder eine Kooperation mit Facharztpraxen und Selbsthilfeverbänden. Eine unabhängige Jury entscheidet über die Vergabe der Preise, die mit insgesamt 5.000 Euro dotiert sind. Bewerbungsschluss ist der 14. Juli 2023. Studien zeigen, dass insbesondere Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen seltener eine fachärztliche Versorgung in Anspruch

nehmen und vielfach an einer augenmedizinischen Unterversorgung leiden. Dabei ist es heute möglich, das Fortschreiten vieler Augenkrankheiten aufzuhalten oder bereits eingetretene Sehbeeinträchtigungen zu verbessern. Auch in der Gestaltung der Lebens- und Umweltbedingungen kann für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen vieles getan werden, um ihre Selbstständigkeit aufrechtzuerhalten und ihre Teilhabe sicherzustellen. Ziel des GERAS-Preises 2023 ist es, gute Beispiele bundesweit bekannter zu machen und andere Einrichtungen zur Nachahmung anzuregen.

Weitere Informationen unter <https://www.bagso.de/themen/pflege/qualitaet/geras-preis-2023/>

Lernorte mit Sprachassistenten und Haushaltsrobotern

BAGSO-Projekt führt ältere Menschen an Künstliche Intelligenz heran

Ältere Menschen begegnen in ihrem Alltag regelmäßig Technologien, die auf Künstlicher Intelligenz basieren. Doch was steckt überhaupt hinter dem Begriff der Künstlichen Intelligenz, kurz KI? Und wie können ältere Menschen von KI-Technologien profitieren? Von Mai an bieten zehn neue Lernorte älteren Menschen die Möglichkeit, sich mit Künstlicher Intelligenz auseinanderzusetzen und KI-basierte Geräte wie Sprachassistenten, Haushaltsroboter, Smart Watches oder Anwendungen wie ChatGPT selbst auszuprobieren. Die Lernorte werden über das Projekt „KI für ein gutes Altern“ der BAGSO durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. Insgesamt gibt es damit deutschlandweit 42 KI-Lernorte für ältere Menschen. Die KI-Lernorte sind zum Beispiel bei Seniorenbüros, Wohnberatungsstel-

len, Senioreninitiativen und Mehrgenerationenhäusern angesiedelt. Sie führen ältere Menschen an KI-basierte Technologien heran. Ziel ist es, dass Ältere sich kompetent und eigenverantwortlich mit dem Thema Künstliche Intelligenz auseinandersetzen und sich in aktuelle Diskussionen darüber einbringen können. Die Lernorte, die als Modellprojekte gefördert werden, erhalten Technik im Wert von jeweils bis zu 5.000 Euro, um alltagsnahe Erfahrungen mit KI-Systemen zu ermöglichen. Außerdem werden ehrenamtliche Technikhelferinnen und -helfer für die Arbeit mit älteren Menschen qualifiziert.

„KI kann das Leben Älterer bereichern und erleichtern, aber es gibt auch Risiken: Stereotype Altersbilder in der KI können Ältere diskriminieren. Die BAGSO will helfen, das zu verhindern: durch Aufklärung der Älteren, aber

auch durch Druck auf Hersteller und Entwickler, damit sie Ältere rechtzeitig beteiligen – noch ehe ein Produkt auf den Markt kommt. Auch dafür machen wir uns stark“, sagte die BAGSO-Vorsitzende Dr. Regina Görner.

Das Projekt „KI für ein gutes Altern“ der BAGSO wird bis 2025 durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. In den kommenden zwei Jahren erhalten noch weitere 20 KI-Lernorte technische Ausstattung und Qualifizierungsangebote. Mit Ideenwerkstätten fördert das Projekt den Austausch zwischen älteren Menschen, Seniorenorganisationen und Akteuren aus Forschung und Entwicklung. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es derzeit im Seniorenbüro Schwerin und im Bürgerhafen Greifswald KI-Lernorte.

Weitere Informationen unter <https://ki-und-alter.de/>

LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG

Seniorengruppe zu Gast in Wismar



Vom 18. bis 20. April 2023 besuchten 21 Frauen und Männer der Seniorengruppe „PRO Kalmar län“ die Hansestadt Wismar. Bürgermeister Thomas Beyer begrüßte gemeinsam mit den Mitgliedern des Seniorenbeirates der Hansestadt die Gäste im Bürgerschaftssaal des Rathauses. Tagungsschwerpunkt war die Pflege.

Schweden hat ein ganz anderes Sozialsystem. Wenn ein Bürger nicht mehr in der Lage ist, sein Leben selbstständig zu meistern, so meldet er sich im Amt. In Schweden gibt es kleine und große Pflegeheime. Die Unterkunft besteht aus einem Zimmer mit einem schönen Sanitärtrakt mit einer Toilette. Man mietet sich dann mit ca. 500 bis 600 Euro ein, alle anderen Kosten übernimmt die Kommune. Die durchschnittliche Rente in Schweden beträgt umgerechnet ca. 1.300 Euro. So bleibt gegenüber Deutschland für einen Heimbewohner noch genug Geld zum Selbstverbrauch.

Unsere Gesetze sagen aus, erhalte ich Sozialhilfe vom Staat, bekommt man ein Taschengeld von 120 Euro. Natürlich bemängelt das jeder Bewohner eines Pflegeheimes. Sollte in Schweden sowie in Deutschland, mehr Rente zur Verfügung stehen, kann man sich in Residenzen einkaufen.



Die Besucher im Bürgerschaftssaal der Hansestadt Wismar

Foto: Marko Trunk

Vor Ort besuchten wir gemeinsam eine Pflegeeinrichtung der Diakonie. Frau Baar, jahrelange Leiterin der Einrichtung, führte uns durch die Anlage. Genau wie in Schweden, sind ehrenamtliche Bürger immer willkommen, um gerade in den Freizeiten Unterstützung zu geben.

Der Wismarer Bürgermeister stellte uns zwei Dolmetscher zur Seite und so konnten interessante Gespräche geführt werden.

Die Kultur kam bei diesem Besuch auch nicht zu kurz. Ein zweistündlicher Besuch im stadthistorischen Museum „Schabbel“ brachte die Gäs-

te, wegen der gerade hergestellten Schwedenköpfe sowie einer sehr alten Wasserleitung aus Holz, zum Staunen. Die Partnerschaft zwischen Kalmar und Wismar besteht schon seit 2002.

Die Mitglieder des Seniorenbeirates haben es als eine große Ehre gesehen, dass wir als Senioren die Möglichkeit hatten mit den schwedischen Senioren schöne Stunden erleben zu dürfen.

Eine Einladung, noch in diesem Jahr nach Kalmar zu reisen, haben wir dankend entgegengenommen.

Karin Lechner

HANSESTADT ROSTOCK

Anschluss finden, in Verbindung bleiben

Der Seniorenbeirat der Hansestadt Rostock kümmert sich um die Anliegen der älteren Bewohner und Bewohnerinnen. Ganz neu ist die Initiative einer Rostocker Telefonkette.

Die Familie weit weg, Bewegung nicht mehr so einfach: Umstände wie

diese machen es vielen älteren Leuten schwer, mit anderen in Kontakt zu bleiben. „Gerade Menschen, die nicht mehr gut mobil sind, vereinsamen schnell.

Dagegen wollen wir etwas tun“, sagt Irmtraud Thomsen vom Seniorenbei-

rat der Stadt. Seit fast zwanzig Jahren engagiert sich die Ehrenamtlerin in diesem Gremium für die Interessen der älteren Rostocker und Rostockerinnen, ist Leiterin der siebenköpfi-

Fortsetzung auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

gen Arbeitsgruppe Gesundheit, Soziales und Wohnen im Alter. Ihr Motto: „Gesund, aktiv und in Würde älter werden“. Im April rief die AG dafür ein neues Projekt ins Leben, mit dem in anderen Bundesländern schon gute Erfahrungen gemacht wurden: die Rostocker Telefonkette.

Telefonkette: von Mensch zu Mensch verbunden bleiben

Hierbei sollen sich eine Reihe von Menschen ab 55 Jahren zweimal wöchentlich in einer vorbestimmten Reihenfolge anrufen. „Es geht dabei nicht um lange Gespräche, sondern darum, abzusichern, dass es allen Mitgliedern der Kette gut geht, also eine Art Notrufsicherung“, erklärt Irmtraud Thomsen. Aber natürlich kann man dann gern auch außerhalb der „Kettenanrufe“ miteinander ins Gespräch kommen, telefonisch und persönlich. „Die Erfahrung zeigt, dass sich, wenn man sich übers Telefon eine Weile kennengelernt hat, daraus Treffen und Unternehmungen ergeben können. Das ist natürlich unser großes Ziel“, so Irmtraud Thomsen.

Großeltern-Enkel-Patenschaften: Familienbande für alle

Auch beim zweiten großen Projekt der Arbeitsgruppe geht es darum, Anschluss zu finden und in Verbindung zu bleiben: Schon seit 2007 vermittelt sie mit enormem Erfolg Großeltern-Enkel-Patenschaften. Hier kommen Familien, denen Oma und Opa fehlen, mit Älteren, denen wiederum die Familie fehlt, zusammen, verbringen Zeit miteinander – und geben damit allen Beteiligten den bisher vermissten Familienanschluss. „Dieser Brückenbau zwischen den Generationen läuft wunderbar. Es braucht zwar viel Fingerspitzengefühl, die richtigen Familien und Großeltern füreinander auszusuchen. Aber wenn es passt, entstehen daraus fast immer lange Beziehungen, auch wenn die Kinder größer werden und nicht mehr so viel Oma-Opa-Zeit brauchen. Dann sind alle so zusammengewachsen, dass die Patengroßeltern mit zur Familie gehören“, freut sich Irmtraud Thomsen. Mit Kindern zusammen zu sein, ihre Entwicklung mitzuerleben, eigene Lebenserfahrungen weiterzugeben, eingebunden zu sein, gebraucht zu werden, helfen zu können – all das tut Älteren gut, gerade, wenn keine eigene

Familie mehr vor Ort ist. Die Patenfamilien profitieren genauso von der gemeinsamen Zeit. „Momentan haben wir viel mehr Familien, die liebevolle Patenomas und -opas suchen, als Seniorinnen und Senioren. Wer also Interesse hat, kann sich sehr gern bei uns melden und wir suchen gemeinsam nach der richtigen Familie.“

Wer Interesse hat, Teil einer Telefonkette zu werden, kann sich für weitere Informationen sehr gern bei einer/einem der drei Ansprechpartner melden:

Irmtraud Thomsen
0381 40 08 299

Iris Tschischke
0381 63 72 79 0

Hans-Jürgen Treuherz
0179 59 52 34 5

Seniorenbeirat der Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Neuer Markt 1, 18055 Rostock
Telefon: 0381 38 15 45 0
E-Mail: seniorenbeirat@rostock.de

Sprechzeiten:
Dienstag 9-12 Uhr und
nach Vereinbarung

dbb Senioren beim Warnstreik in Rostock

Gegenwärtig laufen die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen.

In diesem Zusammenhang hatte der dbb Mecklenburg-Vorpommern seine Mitglieder am 21. Februar 2023 zu einem Warnstreik und einer Kundgebung auf dem Rostocker Neuen Markt aufgerufen.

Da auch sie als Rentner bzw. Pensionäre indirekt von der Einkommensrunde betroffen sind, hatten sich auch Mitglieder der dbb Landes seniorenvertretung auf den Weg nach Rostock gemacht, um die Kollegin-



Senioren beim Warnstreik in Rostock

Foto: Rainer Cordes

nen und Kollegen aus den Verwaltungen, vom Zoll, der Polizei und den Jobcentern sowie aus anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes zu unterstützen.

Die stellvertretenden Vorsitzenden der Landesseniorenvertretung Klaus Junker und Helmut Halwachs standen ihren ehemaligen Kollegen von der DPoLG Bundespolizeigewerkschaft bzw. vom BSBD Gewerkschaft Strafvollzug zur Seite und unterstützten die Forderungen der dbb Gewerkschaften nach einem Einkommensplus von 10,5 Prozent.

dbb Senioren

LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

Mitgliederversammlung des Kreissenorenbeirats

Am 13. März 2023 waren alle Mitglieder des Kreissenorenbeirates zur Mitgliederversammlung in das neue Solitärgebäude der Kreisverwaltung nach Parchim geladen. Das gab allen das Gefühl, in diesem riesigen Raum wird Politik für unseren Landkreis gemacht.

Der Hausherr, Landrat Stefan Sternberg, war unser Gast und richtete seine Grußworte an alle Mitglieder und Gäste. Er machte darauf aufmerksam, dass das Miteinander der Generationen wichtig ist und nicht verloren gehen darf. Auch sollten wir darauf achten, dass das Gegeneinander nie Überhand gewinnen kann. Besonders wichtig ist es, dass wir uns alle mit Akzeptanz begegnen und damit dem Anderen Achtung schenken. Weiterhin berichtete Herr Sternberg vom Projekt Sorgentelefon für Menschen, die sich einsam fühlen oder Existenzängste haben.

Ein großes Problem im Landkreis ist zurzeit die medizinische Versorgung. In Planung ist eine Optimierung der medizinischen Versorgung und vor allen Dingen, die damit verbundene Verbesserung der Notfallmedizin. Ebenso möchte sich der Landrat dafür einsetzen, dass die soziale Infrastruktur unterstützt und weiter verbessert wird.

Im Weiteren berichtete Claudia Ring, Referatsleiterin Seniorenpolitik, freiwilliges Engagement, Renten und Unfallversicherung im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport M-V, über die Seniorenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern. Das Land unterstützt das gesellschaftliche Engagement der Seniorinnen und Senioren mit der Ausbildung zum Seniortrainer und der Ausbildung zum SilverSurfer. Beide Ausbildungen dienen der Teilhabe und Weitervermittlung der gewonnenen Erkenntnisse und können von allen Senioren zur



Landrat Stefan Sternberg überbrachte ein Grußwort.

Fotos: Jutta Messer

Aus- und Weiterbildung genutzt werden. Das Seniorenmitwirkungsgesetz ist im Land etabliert worden und unterstützt die politische Einflussnahme aller älteren Bürgerinnen und Bürger. Der §10 des Seniorenmitwirkungsgesetzes wird dahingehend überarbeitet, dass in allen kreisfreien Städten und amtsfreien Gemeinden ein Seniorenbeirat etabliert werden sollte.



Ralf Gehler sorgte für den musikalischen Rahmen.

Ein weiteres Thema ist im Land die Einsamkeit im Alter. Der Landtag hat das Sozialministerium beauftragt, einen Runden Tisch gegen Einsamkeit zu etablieren. Für diesen Runden Tisch wird es fünf Arbeitsgruppen geben. Diese Arbeitsgruppen haben den Auftrag, Lösungswege und Handlungsstrategien für ihre jeweiligen Schwerpunktthemen zu erarbeiten.

Bernd Rosenheinrich, Vorstandsvorsitzender des Landessenorenbeirates M-V e.V., berichtete über die Arbeitsschwerpunkte des Landessenorenbeirates im Jahr 2023. Der Landessenorenbeirat empfiehlt eine Verpflichtung zur Einrichtung von Seniorenbeiräten in allen Kommunen und Gemeinden. Dem wurde vom Land nicht entsprochen. Weiterhin bleibt es eine Kann-Bestimmung und somit wird es in den vielen kleinen Kommunen weiterhin kein politisches Gremium für ältere Bürgerinnen und Bürger geben.

Fortsetzung auf Seite 22

Fortsetzung von Seite 21

Das neue 49-Euro-Ticket ist für Senioren nicht gut geeignet, so die Meinung von Herrn Rosenheinrich, da es eine Jahresbindung hat und nur digital zu erhalten ist.

Weitere Probleme finanzieller Art sind die gesunde Ernährung für Seniorinnen und Senioren mit einer geringen Rente und die Zahlung des Eigenanteils bei Unterbringung von Angehörigen in einem Pflegeheim.

Weiterbildungen für alle Seniorinnen und Senioren sollten auch allgemeinere Themen beinhalten, nicht nur Seniortrainerausbildung und Silver-

Surfer-Ausbildung, so Bernd Rosenheinrich.

Seniorenbeiräte müssten im Land mit gleichen Voraussetzungen unterstützt werden, anstelle unterschiedlicher Finanzierungen, wie bisher.

Dirk Mittelstädt, Bürgermeister der Gemeinde Dobbartin, berichtete vom Programm „Dorf im Dorf“ und wie wichtig es für ältere Menschen ist, in ihrer bekannten Umgebung zu bleiben und dort alles vorzufinden, was im Alter sehr wichtig ist.

Inga Glöde, die neue Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises, stellte den Mitgliedern das Projekt „Stärkung der Teilhabe älterer Menschen

gegen Einsamkeit und Isolation“ vor. Die Vorsitzende, Ilona Mundt-Schalk, berichtete den Mitgliedern über die Arbeit des Vorstandes und machte allen Mitgliedern Mut, weiterhin aktiv im Sinne aller Seniorinnen und Senioren ehrenamtlich vor Ort zu unterstützen. Berichte aus den kommunalen Seniorenbeiräten bestätigten die fleißige Arbeit in der Region.

Ein Solokonzert mit Volksmusikinstrumenten von und mit Dr. Ralf Gehler war zum Abschluss eine sehr angenehme Unterhaltung.

Jutta Messer

Vorstandsmitglied Kreissenorenbeirat
Landkreis Ludwigslust-Parchim

LANDKREIS ROSTOCK

Kreissenorenbeirat zog Bilanz nach 10 Jahren

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Kreissenorenbeirates und des Beirates für Menschen mit Behinderung des Landkreises Rostock fand am 15. Mai 2023 in Güstrow eine Festveranstaltung statt.

Außer den Beiratsmitgliedern waren die Sozialministerin Stefanie Drese, der Landrat Sebastian Constien, der Kreistagspräsident Veikko Hackendahl,

die Dezernenten des Landkreises, die Fraktionsvorsitzende des Kreistages und Sponsoren der Beiräte zugegen.

Für die kulturelle Umrahmung sorgte der Schülerchor des Gymnasiums.

Die Festveranstaltung wurde von Ministerin Drese eröffnet. Sie würdigte die ehrenamtliche Arbeit der Mitglieder, bei vielen persönlichen Kontakten konnte sie sich davon ein Bild machen.

Sie sprach Ziele für die nächste Zukunft an, die wir aber nur gemeinsam erreichen können. In ihren Grußworten würdigten der Kreistagspräsident Herr Hackendahl und Landrat Constien die ehrenamtliche Arbeit der Beiratsmitglieder. Sie verwiesen darauf, dass wir nur gemeinsam die kommenden Aufgaben lösen können. Grußworte für den Kreissenorenbeirat erbrachten auch die beiden Beiratsvorsitzenden Torsten Schumann und Jürgen Lorenz.

Als Vorsitzender des Kreissenorenbeirates dankte Herr Lorenz den 16 Mitgliedern für ihre engagierte Arbeit. Der Beirat hat trotz der Coronapandemie jährlich vier Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen, unter dem Aspekt der Weiterbildung bzw. aus aktuellem Anlass durchgeführt. Durch den Landrat wurden zehn Beiratsmitglieder mit einer Ehrenurkunde für ihre zehnjährige Zugehörigkeit geehrt. Es wurde bereits viel erreicht, das ist für die nächsten 10 Jahre nach der Kreistagswahl 2024 noch weiter ausbaufähig.



Foto: Renee Recke

Auszeichnung für 10 Jahre Mitgliedschaft im Seniorenbeirat des Landkreises Rostock.

Jürgen Lorenz

LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

Austausch mit Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam

Am 18. April 2023 folgte der Vorstand des Seniorenbeirats Schwerin einer Einladung des Seniorenbeirats der brandenburgischen Landeshauptstadt Potsdam. Vermittelt wurde der Kontakt durch die neue Dezernentin der Landeshauptstadt Schwerin, die kurz zuvor aus Potsdam hierher gewechselt ist. Ganz herzlich wurden wir vom Beirat im Rathaus der Stadt begrüßt und nahmen zunächst als Zuhörer an der Beiratssitzung teil. Die Beiratssitzung war so vorbereitet, dass wir einen guten Überblick über die Arbeit und Gesamtsituation in Potsdam erhielten. Was waren die wesentlichen Punkte? Die gesamte Arbeit im Rathaus wird von einer Ehrenamtskoordinatorin im Büro des Oberbürgermeisters gesteuert. Dabei erfährt der Seniorenbeirat im laufenden Geschäftsbetrieb eine deutliche Würdigung seiner Arbeit. So ermöglicht das Budget des Seniorenbeirates die Beschäftigung einer technischen Kraft auf 520 € Basis. Die Mitglieder des dortigen Seniorenbeirates erhalten ein Sitzungsgeld, um die nicht unerheblichen Aufwendungen etwas abzufedern. Das Land Brandenburg selbst organisiert jedes Jahr eine Brandenburger Senioren-Woche mit beträchtlichem Aufwand. Organisiert ist die Arbeit im Potsdamer Seniorenbeirat in verschiedenen Arbeitsgruppen, wie Digitalisierung,



Der Vorstand des Schweriner Seniorenbeirats im Potsdamer Rathaus Foto: Edgar Macke

Wohnen im Alter, Gesundheit/Soziales, Mobilität und Sicherheit sowie Zeitzeugen. Ergebnisse und Schwerpunkte wurden uns vorgestellt, die sich durchaus sehen lassen können. Aktuell unterstützt der Seniorenbeirat Schwerin zum medizinischen Bevölkerungsschutz unter anderem in einem Konzept Hitzeschutz. Hier ist zum Beispiel vorgesehen, dass ältere Menschen (über 75 Jahre), wenn sie es denn wünschen, eine Warnung über ein sogenanntes Hitze-Telefon

erhalten. Eine spannende Idee! Abschließend hatten wir noch die Gelegenheit uns das Rathaus mit einigen interessanten historischen Räumen anzuschauen. Dabei waren wir auch im Büro des Oberbürgermeisters. Insgesamt war es eine interessante und aufschlussreiche Reise mit vielen neuen Eindrücken und Anregungen, die wir in unserem Beirat weiter auswerten werden.

Edgar Macke
Seniorenbeirat Schwerin

LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

Aus der Arbeit des Seniorenbeirats Neubrandenburg

Die Beiratssitzung 02/2023 des Seniorenbeirates Neubrandenburg stand unter dem Thema „Stationäre und ambulante Pflege aus Sicht des Städtischen Pflegeheims Max Adrion“. Ein Wunsch, den naturgemäß jeder Mensch hat ist es, auch im hohen Al-

ter noch körperlich und geistig fit und selbstständig sein sowie den Alltag eigenständig möglichst ohne fremde Hilfe bestreiten zu können. Doch die Wirklichkeit sieht leider nicht selten anders aus: viele Menschen können ihren Alltag auf-

grund gesundheitlicher Beeinträchtigungen eben nicht mehr allein und selbstständig bestreiten; sie sind pflegebedürftig und benötigen pflegerische Hilfe.

Fortsetzung auf Seite 24

Fortsetzung von Seite 23

Die beiden geläufigsten Varianten der Seniorenpflege und -betreuung sind die ambulante und die stationäre Pflege. Eine Sonderform der ambulanten Pflege ist die 24-Stunden-Pflege. Dazu machten Anke Saadan, Geschäftsführerin des Städtischen Pflegeheimes, und Beate Fibinger, die Leiterin des ambulanten Pflegedienstes „Ameise“, Ausführungen.

Das Pflegeheim wurde am 01. September 1978 unter dem Namen Städtisches Feierabend- und Pflegeheim „Max Adrion“ mit dem Haus 1 eröffnet. 1980 kam dann das Haus 2 dazu. Zu DDR-Zeiten hatte das Heim 304 Bewohner. Nach dem Umbau 1996 bestanden noch 175 Pflegeplätze. Das Städtische Pflegeheim ist seit dem 01. Januar 2002 Mitglied in der Vereinigung Kommunaler Pflegeeinrichtungen Mecklenburg-Vorpommern.

Die ruhige Lage, die großzügige Sonnenterrasse und der parkähnlich angelegte Garten bieten vielfältige Möglichkeiten für einen erholsamen Aufenthalt im Freien. Die Bewohner werden rund um die Uhr durch 150 bis 160 Mitarbeitende und 13 Azubis betreut. Leitgedanke ist, den Senioren den Alltag unter Berücksichtigung der Gesundheitssituation, der Biographie und der Individualität des Einzelnen so angenehm wie möglich zu gestalten. In den Tätigkeiten und Bemühungen in Pflege, Betreuung und in der hauswirtschaftlichen Versorgung wird die aktive Einbeziehung der Senioren und ihrer Angehörigen gefördert. Ziel des täglichen Wirkens ist es, den Bewohnern ein höchstmögliches körperliches, geistiges und soziales Wohlbefinden zu erreichen und damit die eigene Selbstständigkeit so lange wie möglich zu bewahren. Für das leibliche Wohl sorgt eine hauseigene Küche mit fünf Haupt- und Zwischenmahlzeiten. Die persönliche Wäsche der Bewohner wird in der hauseigenen Wäscherei gewaschen, gebügelt und kommt schrankfertig zurück.

Mit Stand vom 01.04.2023 fallen folgende monatlichen Gesamtkosten an:

PG	Anteil Pflege	Unterkunft und Verpflegung	Investitionskosten	monatlich zu bezahlen
2	1.344,32 €	825,60 €	270,13 €	2.440,05 €
3	1.344,51 €	825,60 €	270,13 €	2.440,24 €
4	1.344,39 €	825,60 €	270,13 €	2.440,12 €
5	1.344,37 €	825,60 €	270,13 €	2.440,10 €

Die Gesamthöhe verringert sich, je nach Dauer des bisherigen Aufenthaltes im Pflegeheim, um einen Leistungszuschlag nach § 43c SGB XI in Höhe von 5% bis 70 %.

Eine neue ambulante Pflege wurde etabliert und ist unter dem Namen: Mobile Pflege: „Ameise“ bekannt geworden. Der ambulante Pflegedienst Ameise steht nicht nur für den Standort im Ameisenweg in der Neubrandenburger Oststadt, sondern auch für Erfahrungen aus mehr als 40 Jahren professioneller Pflege im Städtischen Pflegeheim. Die Ameise ist das Sinnbild für Eigenschaften wie sozial, hilfsbereit, organisiert und liebevoll. Der Anspruch der Mitarbeitenden des ambulanten Pflegedienstes ist es, Pfe-

gebedürftige in ihrem Zuhause bei ihrer Alltagsgestaltung, pflegerischen Versorgung und Betreuung zu unterstützen.

Beginnend in einem umfassenden Beratungsgespräch werden gemeinsam die Maßnahmen für einen individuellen Pflegebedarf zusammengestellt. Umfangreiche Beratung und Anleitung auch von pflegenden Angehörigen soll eine qualitativ hochwertige Pflege sicherstellen.

Demenzerkrankungen und depressive Störungen spielen im Alter oft eine gewichtige Rolle. Darauf abgestimmte Betreuungsmaßnahmen gehören zu dem umfangreichen Leistungsangebot.

Peter Lundershausen



Blick in den Beratungsraum

Foto: H. Zabel-Muth

LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

Altersmüde? Von wegen! Senioren am Haff wollen mitreden

Bei den Senioren in Südvorpommern dreht es sich nicht nur um Themen zur Pflege oder Altersmedizin. Viele sind fit und wollen sich einbringen. Die Seniorenbeiräte suchen weitere gemeinsame Wege, um noch mehr zu bewirken.

Die meisten sind älter als 60, aber altersmüde sind die Frauen und Männer keineswegs, die sich erstmals zur großen Runde der Seniorenbeiräte der Städte Torgelow, Ueckermünde und Eggesin im Ueckersaal einfanden. Die Initiative zu diesem Treffen war vom Torgelower Seniorenbeirat ausgegangen und in den Nachbarstädten auf großen Zuspruch gestoßen.

Wie lassen sich die Interessen der älteren Bürger besser in kommunalpolitische Entscheidungen umsetzen? Wo können die Seniorenbeiräte Zeichen setzen, wo können sie sich noch stärker einbringen?

Der Gesprächsbedarf der mehr als 20 Teilnehmer dieses Treffens war dermaßen groß, dass die Beiräte für erneute Gespräche nicht erst bis zur nächsten großen Runde am 9. November warten wollen. Die Beiratsvorsitzenden werden sich bereits vorher treffen.

Dann soll auch der Pasewalker Seniorenbeirat eingeladen werden.

Alle drei Beiräte vom Haff sehen es als wichtig an, dass sich der Seniorenbeirat auf den Stadtvertretersitzungen zu relevanten Themen äußert beziehungsweise Stadtvertreter und auch Landtagsabgeordnete zu den Beiratssitzungen einlädt. Reinhard Höhn aus Eggesin, wo es sogar einen Seniorenverein mit 123 Mitgliedern gibt, ist seit Kurzem neuer Vorsitzender des Seniorenbeirats. „Wir starten gerade wieder neu durch und haben gemeinsam mit der Bürgermeisterin die Stadt aus einer anderen Perspektive erkundet“, berichtet er. Dabei habe sich schnell gezeigt, welche Hindernisse es für Rollstühle oder Kinderwagen gibt. „In Ueckermünde gab es eine solche Aktion auch schon, als Ergebnis ist der erhöhte Übergang zwischen Fachmarktzentrum und Sparkasse gebaut worden“, berichtet Manfred Quägber, Vorsitzender des Ueckermünder Seniorenbeirats.

Aus Eggesin kam auch der Vorschlag, dass Senioren gemeinsam mit Kindern die Heimatstadt erkunden, um die Verbundenheit der Jugend mit der Heimat zu stärken. Eine solche Aktion ließe sich schnell organisieren und koste kaum Geld. Für einen weiteren Austausch praktikabler Ideen wollen sich die Beiräte beim nächsten Treffen noch mehr Zeit nehmen.

Diesmal wurde in der Runde der Beiräte harsche Kritik an der Landespolitik geäußert.

Brigitte Seifert, die seit 2010 im Vorstand des Landesseniorenbeirats mitarbeitet, berichtete vom 12. Altenparlament des Landes im Oktober 2022 und den drei Leitanträgen und zwei Resolutionen des Gremiums. „Unsere Arbeit ist sowohl von den meisten Landespolitikern als auch von den Medien ignoriert worden“, kritisierte Brigitte Seifert, die Präsidentin des 12. Altenparlaments war. Die Landespolitik reagiere sehr schleppend auf die Anliegen der Seniorenvertreter, noch nicht einmal die Dokumentation der Beschlüsse vom Oktober liege vor.

„Wir brauchen einen langen Atem, um in den Fraktionen des Landtages etwas Konkretes anzustoßen“, machte Brigitte Seifert deutlich. Da gehe es vor Ort schneller. Sie empfahl weitere generationenübergreifende Gespräche, da Senioren und Jugendliche im ländlichen Raum ähnliche Probleme hätten. „Auch die Senior-Trainer, die im Torgelower Mehrgenerationenhaus ausgebildet werden, bieten tolle Projekte an“, betonte Brigitte Seifert.

Quelle Nordkurier

Autor: Simone Weirauch

CDU-Senioren starteten mit aktuellem Thema in das Jahr 2023

Unser erster Treff im neuen Jahr fand am 16. Februar in der Gaststätte „Alter Speicher“ statt.

Wir hatten uns den Parteifreund Jürgen Ramthun eingeladen. Er ist jetzt auch Rentner und war als ein Geschäftsführer im EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH Lubmin tätig.

Jürgen Ramthun hatte Zeit für uns und erzählte von seiner beruflichen

Entwicklung, wozu auch sein Arbeitsaufenthalt im Ruhrgebiet als Sozial- und Personaldirektor der Deutschen Steinkohle AG gehörte. Er kam 2004 zurück in seine alte Heimat und war als Geschäftsführer im EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH Lubmin bis zum Renteneinstieg tätig.

Unser Parteifreund konnte aber als Rentner nicht nur zu Hause sein und

mit seiner Frau und seinen Enkelkindern die freie Zeit verbringen.

Er hat als sehr vitaler Mensch mit den vielen Erfahrungen bzw. Erlebnissen den unbedingten Wunsch, sich aktiv für die Verbesserung einer guten Vernetzung und Präsentation unserer ansässigen Wirtschaft einzusetzen.

Fortsetzung auf Seite 26

Fortsetzung von Seite 25

Jürgen Ramthun suchte nach neuen Projekten und gründete 2021 Pommer-Consulting, wo er auch der Unternehmensinhaber ist.

An dem Donnerstagnachmittag entbrannte eine interessante Diskussion zum aktuellen Thema Energie- und Wirtschaftskrise und der Fachmann hatte gute Antworten bzw. Ideen,

wie wir in Deutschland vielleicht vorgehen sollten.

Zum Beispiel schlug er vor die vorhandenen Kernkraftwerke auf Sicherheit zu überprüfen und dann für eine gewisse Zeit am Netz zu lassen, damit nicht Energie aus anderen Ländern importiert werden muss. Außerdem könnten wir unsere eigenen Gasvorkommen noch intensiver beachten und der Was-

serstoffnutzung mehr Bedeutung schenken.

Viele Anwesende teilten seine Meinungen und sprachen gern über ihre eigenen Ideen. Dieses CDU-Seniorentreffen war für uns sehr anregend sowie aufschlussreich und ein gelungener Nachmittag.

Helma Weidemann

*Vorsitzende der CDU-Seniorenunion
der Stadt Greifswald*

LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

10. Arbeitstagung der Seniorenbeiräte Vorpommern-Rügen

Am 10. Mai fand die 10. Arbeitstagung der Seniorenbeiräte Vorpommern-Rügen erneut mit Unterstützung der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Mecklenburg-Vorpommern e.V. (SGK) statt. Tagungsort war dieses Mal Trinwillershagen.

Es wurden Seniorinnen und Senioren sowie interessierte Einwohner unseres Landkreises eingeladen. 70 Personen waren der Einladung gefolgt.

Das Hauptthema in diesem Jahr war die häusliche Pflege. Nach der Begrüßung und Grußworten von Jürgen Csallner, Vorsitzender des Seniorenbeirates, Aenne Müller, Geschäftsführerin SGK, und Landrat Dr. Stefan Kehrt wurde die Tagesordnung mit reichlich Diskussionsbeiträgen abgearbeitet.

Auf der Tagesordnung standen Themen wie Online Banking, einfach und sicher mit Informationen der Sparkasse Vorpommern, Finanzielle Hilfen des Landkreises bei der häuslichen Pflege, es gab einen Praxisbericht des Pflegedienstes Anke Schüler. Julia Karp aus dem Sozialministerium sprach zum Thema „Pflege

– wie bleibt sie bezahlbar?“, über Pflege in der Kommune berichtete Aenne Möller von der SGK.

Die Teilnehmer waren sehr interessiert und motiviert.

Es wurde angeregt diskutiert. Während des Mittagessens, in der Pause und nach der Veranstaltung fanden informelle und sehr interessante Gespräche zwischen den Anwesenden statt.

Zahlreiche Teilnehmer signalisierten großes Interesse an den folgenden Arbeitstreffen.

Nach der Veranstaltung gaben viele Teilnehmer eine positive Rückmeldung an die Veranstalter.

Alle erwarten neue interessante Themen für unsere 11. Arbeitstagung im nächsten Jahr.

*Jürgen Csallner
Vorsitzender*



Die Teilnehmer verfolgen aufmerksam die Ausführungen.

Foto: Jürgen Csallner

Senioren als Opfer – zu Betrugsmaschen aufklären

Ein Projekt des Seniorenbeirates Vorpommern-Rügen beschäftigt sich unter „Senioren als Opfer“ mit der Aufklärung von Themen wie betrügerische Telefonwerbung, Einzeltrickbetrug und Schockanrufe.

Müssen Senioren Angst haben sich in der Öffentlichkeit zu bewegen? Was kann man tun, um nicht Opfer

zu werden? Wie verhalte ich mich richtig.

Gerd Slowy und Uwe Tiemann vom Seniorenbeirat Sassnitz kamen dazu gerne nach Tribsees, Bad Sülze, Lindholz und Ribnitz-Damgarten, um auch hier über diese wichtigen Themen zu sprechen und aufzuklären. Zusammen mit Sylvia Schiefler vom

Seniorenbeirat NVP konnten diese Veranstaltungen durchgeführt werden und so den Senioren Unsicherheiten und Ängste nehmen. Auch in Zukunft wird sich der Seniorenbeirat für eine starke Präventionsarbeit einsetzen, um so möglichst viele Menschen zu erreichen.

Jürgen Csallner

Nachruf

Unser Vorsitzender des Seniorenbeirats Nordvorpommern e. V.

Dr. med Hanns-Michael Schwarz

ist am 18.02.2023 verstorben.

Die dunklen Wolken sind verfliegen, die Schmerzen sind vorüber.
Der geschundene Körper hat seinen Frieden auf dem Weg ins neue Licht.

Du wirst uns sehr fehlen.

Die Mitglieder der Seniorenbeiräte unseres Landkreises

Tag der Pflege

Fachkräftemangel ist nur eine Ursache für schlechte Pflege

Zum Tag der Pflege warnt der BIVA-Pflegeschutzbund vor den verheerenden Auswirkungen des Fachkräftemangels für die Pflegebedürftigen. Die pflegerische Versorgung ist vielerorts nicht mehr gewährleistet und durch die dadurch bedingte Streichung von Pflegeplätzen und Heimschließungen droht Bewohnerinnen und Bewohnern der Verlust ihres Lebensmittelpunktes.

„In der Rechtsberatung spüren wir eine regelrechte Zeitenwende“, erklärt Dr. Manfred Stegger, Vorsitzender des BIVA-Pflegeschutzbundes.

„Während sich früher Angehörige wegen einzelner Pflegeprobleme an uns wandten, geht es heute oft um eine fehlende pflegerische Grundversorgung, mangelhafte Ernährung oder um die verzweifelte Suche nach einem Pflegeplatz oder Pflegedienst. Das ist eine katastrophale Entwicklung für alle Beteiligten.“

Als Maßnahme gegen den Pflegekräftemangel wurde das Gehaltsniveau für Pflegekräfte deutlich angehoben – finanziert über den Eigenanteil der zu Pflegenden.

Dennoch fehlt es weiterhin massiv an Personal. Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Um diesen Missstand zu beheben, sieht der BIVA-Pflegeschutzbund jetzt die Anbieter von Pflegeleistungen und den Staat verstärkt in der Pflicht. Neben einer besseren Bezahlung müssen die Arbeitgeber für bessere Arbeitsbedingungen sorgen, um neues oder rückkehrwilliges Personal zu gewinnen. „Eine klassische Managementaufgabe“, so Stegger.

Ansonsten befürchtet er eine immer größer werdende Kündigungsspirale: „Immer weniger Personal führt zu immer mehr Kündigungen.“ „Das neue Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz – PUEG – reicht nicht

aus“, so Stegger. Es bringt zwar geringe finanzielle Verbesserungen für Betroffene, die aber schnell wieder verpuffen werden. Die grundlegenden Qualitätsprobleme, unter denen Millionen Pflegebedürftige leiden, werden mit dem Gesetz nicht behoben.

Stattdessen erwartet der BIVA-Pflegeschutzbund vom Gesetzgeber eine deutliche Stärkung der Verbraucherrechte in der Pflege bei der anstehenden Novellierung des Wohn- und Betreuungsvertragsgesetzes WBVG.

Hier kann etwa durch verbesserte Klagemöglichkeiten mehr Schutz vor schlechter Pflege gegeben werden. Nötig sei gleichzeitig eine Neuregelung der Qualitätskontrollen, die zum großen Teil auf ungeprüften Selbstangaben der Heime beruhen. „Nur mit wirksamen Kontrollen lassen sich Missstände in Einrichtungen aufdecken und verhindern“, so Stegger. ■

Neues BIVA-Pflege-Adressverzeichnis online

Verzeichnis mit Zusatzinformationen und Erfahrungsberichten

Ab sofort steht Ratsuchenden ein neues Adressverzeichnis von ambulanten und stationären Pflegeanbietern in Deutschland zur Verfügung. Unter www.biva.de/pflege-adressen findet sich nicht nur ein umfassendes Verzeichnis, sondern auch viele hilfreiche Zusatzinformationen und Services sowie Erfahrungsberichte zu allen Pflegeheimen und -diensten. Anders als andere gibt das Verzeichnis des BIVA-Pflegeschutzbundes aus der Perspektive des Verbraucherschutzes wertvolle Tipps für Pflegebetroffene.

Das neue Verzeichnis der BIVA bietet mehr als nur Standardinformationen zu Pflegeanbietern. Mit einer komfor-

tablen Suche nach Ort, Postleitzahl, Anbietername oder über eine interaktive Karte gelangen Interessierte zum gewünschten Pflegeanbieter. Dort finden sich neben den Kontaktdaten auch weiterführende Links zu Pflege-Qualitätsberichten sowie Informationen zu Verbraucherrechten und Selbsthilfe bei Problemen mit der Einrichtung. Letzteres ist dem BIVA-Pflegeschutzbund als Verbraucherschutzverein besonders wichtig, um Betroffenen zu ihrem Recht zu verhelfen.

So findet man nicht nur Informationen zur Beiratsarbeit und die jeweils geltenden Gesetze und Verordnungen, sondern auch Tipps zur Problem-

lösung sowie hilfreiche Adressen von Aufsichtsbehörde bis Schlichtungsstelle. Eigene Erfahrungen mit dem Anbieter können in Form eines Kommentars und einer Sterne-Bewertung mitgeteilt werden. Vorlagen und Musterbriefe, ein Pflegegrad- und Abwesenheitsrechner sowie Online-Formulare für Vertrags- und Entgelterhöhungsprüfungen runden das Angebot ab.

Zukünftig soll das Verzeichnis zudem weiter ausgebaut werden. Zusätzliche Briefvorlagen und Rechner sind bereits in Planung und auch der Adressfundus soll um weitere für Pflege und Wohnen im Alter relevante Ansprechpartner erweitert werden. ■

Initiative „DigitalPakt Alter“ geht weiter

Bundesländer verstärken das Bündnis

Bundesfamilienministerin Lisa Paus gab jüngst im brandenburgischen Falkensee den Startschuss für die neue Förderphase des „DigitalPakt Alter“ von 2023 bis 2025. Gemeinsam mit Brandenburgs Familienministerin Ursula Nonnemacher und Dr. Regina Görner (BAGSO e.V.) begrüßte sie 11 Bundesländer in dem Bündnis, das ältere Menschen fit machen will für die digitale Zukunft.

Bis 2025 unterstützt das Bundesessenziellenministerium mit über 3,1 Millionen Euro ältere Menschen dabei, sich digitales Know-How anzueignen. „Die Digitalisierung stellt jeden von uns vor Lernherausforderungen. Mit dem DigitalPakt Alter schaffen wir Aufmerksamkeit für die derzeitige digitale Ausgrenzung vieler Millionen älterer Menschen. Wir unterstützen wohnortnahe Lerngelegenheiten, bei denen ältere Menschen ver-

lässliche Ansprechpersonen finden, die sich Zeit nehmen und auf Augenhöhe erklären. Mit den 11 Bundesländern als neue Partner können wir für noch mehr Sichtbarkeit, Vernetzung und Wissensaustausch sorgen“ so Bundesfamilienministerin Lisa Paus. „Die Digitalisierung bietet große Chancen, besonders für die ältere Generation. Ob Videoanruf mit den Enkelkindern, Lebensmittel-Lieferservice per Internet oder Online-Sprechstunde mit dem Bürgerbüro oder der Arztpraxis.

In vielen Bereichen erleichtert uns die Digitalisierung das Leben. Immer mehr Ältere gehen ganz selbstverständlich mit dem Smartphone um, viele wünschen sich aber hierbei mehr Unterstützung. Deshalb wird auch Brandenburg Partner des Bündnisses. Wir wollen gemeinsam die digitale Teilhabe älterer Menschen stär-

ken. Es gibt bereits gute Unterstützungsangebote, wie hier in Falkensee. Durch die Zusammenarbeit im DigitalPakt Alter gestalten wir diese Entwicklung aktiv weiter mit“ ergänzt Ministerin Ursula Nonnemacher. Die BAGSO-Vorsitzende Dr. Regina Görner erklärt dazu: „Viele Ältere möchten lernen, digitale Medien zu nutzen.

Wir müssen ihnen deswegen dort Angebote machen, wo sie leben. Sie müssen die Möglichkeit erhalten alle Fragen stellen zu können, die sie haben, um digitale Themen in sicherer Umgebung zu erkunden. Deshalb unterstützt der DigitalPakt Alter deutschlandweit Initiativen und schließt sich mit Partnern zusammen, um gemeinsam digitale Angebote auszuweiten. Zudem müssen die Interessen und Bedarfe älterer Menschen stärker schon bei der Entwick-

lung digitaler Angebote Berücksichtigung finden.“

Der „DigitalPakt Alter“ fördert bis Ende 2025 weitere 150 lokale Initiativen, die Ältere mit digitaler Technik vertraut machen. Neben der finanziellen Unterstützung und der Ausstattung mit Lernmaterialien werden die zumeist ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer begleitet und weiterqualifiziert. Seit 2021 wurden bereits 150 solcher Erfahrungsorte bundesweit gefördert. Neu in dieser Projektphase sind die Themenschwerpunkte soziales Miteinander, Wohnen, Gesundheit und Mobilität. Die erste Fachtagung zum Thema soziales Miteinander im

digitalen Zeitalter fand am 2. Mai in Düsseldorf statt. In einem Wettbewerb werden außerdem Kommunen ausgezeichnet, die innovative Lösungen zur digitalen Teilhabe Älterer umsetzen.

Hintergrund: Knapp 7 Millionen Menschen der Generation 60+ nutzen das Internet bislang nicht. Viele geben an, sie müssten einen Nutzen darin sehen können und bräuchten Unterstützung.

Hier hat der DigitalPakt Alter im Jahr 2021 angesetzt und mehr als 15.000 ältere Menschen erreicht. Der DigitalPakt Alter ist eine Initiative des Bun-

desministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen zur Stärkung älterer Menschen in der digitalen Welt.

Der Initiative gehören bislang Partner aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft an. Beitretende Bundesländer: Bayern, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Weitere Informationen unter: www.bmfsfj.de.

Menschen mit Demenz von Anfang an begleiten

Projekt für ehrenamtliche Erstbegleitung nach der Diagnose Demenz startet

In Deutschland leben etwa 1,8 Millionen Menschen mit Demenz. Jedes Jahr gibt es etwa 440.000 neue Erkrankungen. Um Betroffene nach ihrer Diagnose zu unterstützen, sollen sie von geschulten Ehrenamtlichen begleitet werden können.

Das kann ihnen Sicherheit in der neuen Lebenssituation sowie einen Überblick zu Unterstützungsangeboten geben. Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft e. V. Selbsthilfe Demenz (DALzG) startet dafür zusammen mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ein Projekt, um ehrenamtliche Erstbegleitung in der Praxis aufzubauen und zu erproben. Sie bietet außerdem eine Handreichung für dieses Ehrenamt an.

Bundesseniorenministerin Lisa Paus: „Ehrenamtliche Erstbegleiterinnen und Erstbegleiter haben ein offenes Ohr für Betroffene, geben Orientierung zu möglichen Hilfen und stellen Kontakte her. Davon profitieren insbesondere Menschen mit Demenz,

die alleine leben. Denn sie können besonders schutzbedürftig sein. Als Bundesseniorenministerin möchte ich die Situation von Demenzerkrankten verbessern.“

Ich hoffe, dass wir durch dieses Projekt in den nächsten Jahren an vielen Orten in Deutschland ehrenamtliche Erstbegleitungen anbieten.“ Monika Kaus, 1. Vorsitzende der Deutschen Alzheimer Gesellschaft: „Die Diagnose einer Demenz im frühen Stadium ist für davon betroffene Menschen ein großer Einschnitt. Das Leben ist häufig auf den Kopf gestellt und nicht selten macht sich ein Gefühl von Hilflosigkeit breit.

Die bisherige Lebensplanung wird durch die Diagnose komplett in Frage gestellt. Die Idee der „Ehrenamtlichen Erstbegleitung“ setzt hier an, um die Betroffenen in den ersten Monaten nach der Diagnose nicht allein zu lassen und ihnen Hilfestellungen zu geben, sich im Versorgungs- und Unterstützungssystem zurecht zu finden.“

Die Nationale Demenzstrategie sieht vor, eine niedrigschwellige Erstbegleitung von Menschen mit beginnender Demenz durch ehrenamtliche Personen auszubauen. Initiativen und Organisationen sind aufgerufen, solche Angebote aufzubauen und zu erproben. Zur Unterstützung bietet die DALzG auch fachliche Begleitung an:

für Personen und Träger, die solche Angebote koordinieren für die ehrenamtlichen Begleitungen selbst Kontaktvermittlung zu Referentinnen und Referenten für die Schulung der Ehrenamtlichen zur Förderung des Austausches der umsetzenden Organisationen untereinander.

Die DALzG arbeitet eng mit der Netzwerkstelle Lokale Allianzen der BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e. V. zusammen. Die „Ehrenamtliche Erstbegleitung“ und die Handreichung sollen in ihrer Wirksamkeit wissenschaftlich evaluiert werden.

Fortsetzung auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

Das Projekt ergänzt existierende Angebote. So bietet die Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e. V. die Online-Weiterbildung „Demenz und Ehrenamt in der Arbeit mit älteren Menschen“ an.

Im Rahmen des Bundesprogramms „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“ können Netzwerke für ehrenamtliche Erstbegleitung von

Menschen mit Demenz über einen dreijährigen Zeitraum auch finanzielle Förderung erhalten. Die Bewerbung für 2024 ist seit 1. März 2023 möglich.

HINTERGRUND

Die Nationale Demenzstrategie wurde 2020 durch die Bundesregierung beschlossen. Sie wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und das

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) begleitet. Co-Vorsitzende ist die Deutsche Alzheimer Gesellschaft e. V. Selbsthilfe Demenz (DAIzG).

Ziel ist es, durch mehr als 160 Einzelmaßnahmen aus vier Handlungsfeldern bis 2026 die Situation von Menschen mit Demenz und ihren An- und Zugehörigen in Deutschland zu verbessern. Mehr als 70 Akteure sind an der Umsetzung der Nationalen Demenzstrategie beteiligt. ■

Menschen mit Demenz durch Musik unterstützen

Start des neuen Programms „Länger fit durch Musik!“

Mit der neu aufgelegten Förderung „Länger fit durch Musik“ verbessern das Bundesseniorenministerium und der Bundesmusikverband Chor & Orchester (BMCO) die Lebensqualität von Menschen mit Demenz und fördern ihre gesellschaftliche Teilhabe. Es richtet sich an Musikensembles, die bereits mit von Demenz betroffenen Personen arbeiten oder in diesen Bereich einsteigen möchten. Das Projekt hat eine Laufzeit von vier Jahren, wird wissenschaftlich begleitet und soll 2026 mit einem Fachkongress abschließen.

Bundesseniorenministerin Lisa Paus: „Musik bietet Menschen mit Demenz die Möglichkeit, gemeinsam mit anderen aktiv zu sein und vermittelt Selbstwertgefühl, Mut, Motivation und Lebensfreude. Mit dem Projekt ‚Länger fit durch Musik‘ werden wir Strukturen aufbauen, die das Leben von Menschen mit Demenz verbessern.“

Wenn Chöre und Orchester gemeinsam mit Menschen mit Demenz singen und musizieren, unterstützen sie die Betroffenen und ihre Angehörigen und sensibilisieren für das gesellschaftlich so wichtige Thema Demenz.“ Benjamin Strasser MdB, Präsi-

dent des BMCO: „Musik ist der vielbeschriebene Königsweg zu Menschen mit Demenz. Sie baut Klangbrücken zu Erinnerung, Angehörigen und Betreuerinnen und Betreuern.“

Musik schafft Möglichkeiten, sich aktiv zu beteiligen, Lebensfreude zu erfahren und ein bereicherndes soziales Umfeld zu erleben.

Mit der Förderung der Projekte vor Ort und den begleitenden Qualifizierungsmaßnahmen ermöglicht der Bundesmusikverband musikalisches Engagement gemeinsam mit Menschen mit Demenz und vertritt damit die gesamte Altersstruktur der Amateurmusiklandschaft in Deutschland.“

Das Projekt „Länger fit durch Musik“ ist Teil der Nationalen Demenzstrategie der Bundesregierung. Von Sommer 2023 an können sich Ensembles um eine Förderung von musikalischen Projekten bewerben und erhalten Weiterbildungsangebote zu demenzsensiblen Musizieren.

Darüber hinaus soll das Projekt Aufklärungsarbeit leisten und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung sowie die praktischen Erfahrun-

gen der Ensembles für ein breites Publikum bereitstellen.

HINTERGRUND

In Deutschland waren 2022 mehr als 1,8 Millionen Menschen von Demenz betroffen. Die Zahl wird sich Schätzungen zufolge bis zum Jahr 2050 auf 2,4 bis 2,8 Millionen erhöhen.

Die Nationale Demenzstrategie wurde 2020 durch die Bundesregierung beschlossen und wird federführend durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und das Bundesministerium für Gesundheit umgesetzt.

Ziel der Strategie ist es, mit mehr als 160 Einzelmaßnahmen bis 2026 die Lebenssituation von Menschen mit Demenz und ihren An- und Zugehörigen in Deutschland in allen Lebensbereichen zu verbessern. Der Bundesmusikverband Chor & Orchester, der Dachverband der Amateurmusik in Deutschland, ist seit 2022 Akteur der Nationalen Demenzstrategie.

Weitere Informationen

zum Projekt unter:

www.bundesmusikverband.de/demusik/

Transparenz ist wichtig

BIVA fordert Veröffentlichung der Personalzahlen in Pflegeeinrichtungen

Die Veröffentlichung der jeweils aktuellen Soll- und Ist-Personalzahlen in den Pflegeeinrichtungen macht der BIVA-Pflegeschutzbund zu einer seiner zentralen Forderungen.

Der Verbraucherschutzverein besteht auf der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage, die die Betreiber stationärer Einrichtungen verpflichtet, die tatsächlichen und die vereinbarten Personalzahlen gegenüberzustellen und diese Information „für die Verbraucher und die allgemeine Öffentlichkeit transparent und nachvollziehbar sowohl digital als auch analog zu veröffentlichen“.

Fehlendes Personal gilt als der wichtigste Grund für unzureichende Pflege in stationären Einrichtungen.

„Für zukünftige und aktuelle Bewohnerinnen und Bewohner sowie deren Angehörige sind die Personalzahlen von zentraler Bedeutung bei der Beurteilung und Auswahl einer Einrichtung“, sagt Dr. Manfred Stegger, Vorsitzender des BIVA-Pflegeschutzbundes.

Bis heute fehlt es an aussagekräftigen Qualitätskriterien bei der Auswahl einer Pflegeeinrichtung. Diesen Missstand kritisiert der BIVA-Pflegeschutzbund seit vielen Jahren. Mit der Ver-

öffentlichung beispielsweise der Personalzahlen hätten Menschen, die eine Pflegeeinrichtung suchen, endlich ein Kriterium, das Vergleiche zwischen Einrichtungen ermöglicht.

Die Lohnkosten für das Personal müssen die Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem Eigenanteil mitfinanzieren – auch dann, wenn die festgelegte Anzahl an Personal nicht eingestellt werden konnte. „Bewohnerinnen und Bewohner sind Verbraucher und haben auch deshalb ein Recht darauf, zu erfahren, wofür sie die monatlichen Zahlungen leisten“, sagt Stegger. ■

IMPRESSUM

Herausgeber und Redaktionsanschrift:
Landesseniorenbeirat
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Haus der Begegnung Schwerin,
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin,
Tel.: (0385) 5 55 79 70 oder 5 55 79 93,
Fax: (0385) 5 55 89 61
E-Mail: lsb@landesseniorenbeirat-mv.de
www.landesseniorenbeirat-mv.de

Vorsitzender:
Bernd Rosenheinrich (V.i.S.d.P.)
Redaktion: Ilona Langer

Gefördert vom Ministerium für
Soziales, Gesundheit und Sport
Mecklenburg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen
nicht mit der Meinung der Redaktion
übereinstimmen.
Nachdruck mit Quellenangabe ge-
stattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
15. Mai 2023;
Redaktionsschluss für Nr. 3/2023:
15. August 2023

Rachegelüst

Wenn die Menschen dumpf sich nicht gettaun,
wenn sie feig und heuchlerisch sich fügen
und ihr Glück auf ihre Schlaueit baun,
Redliches bedrücken und betrügen.

Wenn sie schleichen, flüstern und sich ducken,
andrerseits aus Würde sich genießen –
o dann müsste etwas explodieren.
Und ein Riese müsste sich erheben
über sie und sie nicht etwa töten,
sondern saftig, kräftig sie bespucken,
um sie für ihr weitles Leben
als verschleimte, fette Warzenkröten
in ein Glashaus einzusperrn.
Und ich würde durch die Scheiben gucken
und sie grüßen: „Hochverehrte Herrn!“

*Joachim Ringelnatz (1883–1934) eigtl. Hans Böttcher
dt. Dichter und Kabarettist
„Das Sonderbare und das Wunderbare“*



**Informieren Sie sich.
Wir beraten Sie gern.**

Vollstationäre Pflege
Kurzzeitpflege
Verhinderungspflege
Urlaubspflege
Betreutes Wohnen
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine
Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre
Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.

Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen im „Park-Shop“, bei einem Besuch im „Park-Café“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Verweilen auf den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegestufen.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens begleiten.



Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 0

www.wohnpark-zippendorf.de